



**Parlamentssitzung 12. Dezember 2011**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 22.10 Uhr

**Vorsitz** Ursula Wyss (Grüne)

**Anwesend**

Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Patrik Locher (EVP)
Bernhard Bichsel (FDP)	Ruedi Lüthi (SP)
Adrian Burkhalter (SVP)	Anna Mäder (SP)
Christian Burren (parteilos)	Urs Maibach (Grüne)
Heidi Eberhard (FDP)	Hans Moser (SVP)
Mario Fedeli (SP)	Heinz Nacht (SVP)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Thomas Frey (BDP)	Christian Roth (SP)
Martin Graber (SP)	Elisabeth Rüeeggsegger (SVP)
Philippe Guéra (BDP)	Christoph Salzmann (SP)
Hermann Gysel (EVP)	Ronald Sonderegger (FDP)
Beat Haari (FDP)	Hugo Staub (SP)
Niklaus Hofer (SVP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Franziska Keller (BDP)	Mark Stucki (FDP)
Erica Kobel-Itten (FDP)	Barbara Thür (GLP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Thomas Verdun (SVP)
Verena Koshy (CVP)	Markus Willi (SP)
Stefan Lehmann (SVP)	Ulrich Witschi (BDP)
Andreas Lanz (BDP)	Rolf Zwahlen (EVP)

**Entschuldigt** Jan Remund (Grüne)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 14. November 2011 .....	302
2. Kommissionsersatzwahlen.....	303
3. 1101 Postulat (Hansueli Pestalozzi, Grüne), Bernhard Bichsel, FDP, Barbara Thür, GLP) "Machbarkeitsstudie Badeanlage Weiermatt" .....	303
4. Lehrschwimmbad Niederwangen - Sanierung.....	307
5. köniz.fünf - Bericht über Zielerreichung .....	315
6. 0626 Motion (Egli-Steiner SP) "Altes Schulhaus Niederwangen" .....	319
7. Verschiedenes.....	322

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur letzten Sitzung des Jahres 2011. Wir haben ein "Geburtstagskind" unter uns. Heidi Eberhard darf heute Geburtstag feiern. Wir gratulieren herzlich.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Leider muss ich heute zwei Rücktritte aus dem Parlament bekannt geben. Ich lese das erste Rücktrittsschreiben: "Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Ursula, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Gemeindepolitik kann Spass machen. Ich hatte Spass. Die Tendenz ist jedoch, so muss ich mir eingestehen, abnehmend. Ich habe mich deshalb entschlossen, konsequent zu sein. Ich will nicht, dass das Lächeln zum verkrampften Grinsen wird. Das hat mit einer gewissen politischen Übersättigung und mit dem immer schwierigeren, persönlichen Bemühen, Anspruch und Überzeugung in einem glaubwürdigen Gleichgewicht zu halten, zu tun. In den vergangenen sechs Jahren hat sich im Könizer Gemeindeparlament mein Glaube an den Wert unseres demokratischen Systems verstärkt. Ich beobachte deshalb mit Sorge, wie sich immer weniger Menschen politisch engagieren und die Politik aus vielen Bereichen der Gesellschaft verdrängt wird. Das ist falsch, denn schlussendlich ist alles politisch, alle sollten teilnehmen und erleben, wie schwierig bereits auf kommunaler Ebene die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben und wie komplex Problemstellungen sind. So komplex, dass es auch angemessen sein kann, eigene Positionen gelegentlich zu hinterfragen. Dass ich mir von Zeit zu Zeit trotzdem etwas prägnantere Auseinandersetzungen in diesem Saal gewünscht habe, mag als Kritik aufgefasst werden, ist aber gleichzeitig Zeugnis des sehr, man verzeihe mir den vorbelasteten Ausdruck, konkordanten Politbetriebs in Köniz. Es waren sechs lehrreiche Jahre im Gemeindeparlament. Es waren sechs Jahre mit wortreichen Debatten, aber auch sechs Jahre mit Resultaten. Es waren sechs Jahre, in denen ich gerne hier war und mit euch zusammen mit gestaltet habe. Nun ist es Zeit, Platz zu machen. Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt aus dem Könizer Gemeindeparlament per Ende 2011. Euch allen ganz herzlichen Dank für diese Zeit, für die politischen Auseinandersetzungen, die persönliche Zusammenarbeit und für den Spass, den ich hatte. Mark Stucki.

**Hanspeter Kohler (FDP):** Die FDP-Fraktion lässt Mark Stucki nicht gerne ziehen. Er war sechs Jahre Mitglied im Parlament von Köniz, davon zwei Jahre in der Funktion als Fraktionschef. Auch in diversen Kommissionen war er Mitglied, zuletzt in der Finanzkommission, welche ihn – so glaube ich – besonders interessiert hat. Wenn ich daran denke, was ihn nächsten Mittwoch im Bundeshaus erwartet, rate ich ihm, seine letzte Parlamentssitzung im ruhigen und disziplinierten Parlament von Köniz zu geniessen. Heute Abend sind gemäss Traktandenliste keine Mandatsträger zu bestätigen, neu zu wählen oder sogar abzuwählen. Die Erfahrungen aus seiner Funktion als Leiter Information und Kommunikation der Parlamentsdienste, dem Studium von Politikwissenschaften, Geschichte und Medienwissenschaft, sind in seinen immer sehr strukturierten wie auch scharf bis sehr spitz formulierten Voten immer wieder erkennbar. Man kann nur neidisch sein auf die Sätze, die Mark zusammenstellen konnte. Diese für mich klare Begabung trifft man auch auf seiner Homepage an, auf welcher ich oft nachlesen gehe, was alles mit spitzer Zunge auf der Homepage "Stimme der Vernunft" neu geschrieben steht. Was trifft man dort an? Ich erlaube mir einige Sätze und Zitate vorzulesen: "Vernunft muss sich jeder selbst erwerben, nur die Dummheit pflanzt sich gratis fort", Erich Kästner. "Jeder soll denken was er will – wichtig ist, dass er denkt." "...dass Parlamentarier die Orientierung komplett verlieren und ihre Meinung zwischen dem Gang zum Rednerpult und der Abstimmung mehrfach ändern." "Demokratische Republik Köniz" oder "Wo Bartli den Most holt". "Der Gmeindsmuni, Hansruedi Rüdüsüli", "Dummheit ist lernbar." Wir lassen Mark nicht gerne ziehen und ich stelle deshalb betreffend seinem Rücktritt einen Antrag auf Rückweisung, Parlamentspräsidentin Ursula Wyss wird sich dieser Sache gleich annehmen. Wir danken Mark für seine Mitarbeit in unserer Fraktion, für die Arbeit für unsere Gemeinde und wünschen ihm alles Gute für seine private wie auch berufliche Zukunft und viel Kraft für kommenden Mittwoch. (*Applaus*)

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Ich habe noch ein zweites Rücktrittsschreiben erhalten, das ich Ihnen ebenfalls vorlese: "Rücktritt aus dem Parlament. Nach den Rücktritten von Ignaz Caminada und von Daniel Krebs ist es nun auch für mich an der Zeit, Platz für Neues zu schaffen – hier im Parlament, aber auch privat in meinem Leben. Auf den 17. Januar 2012, den Tag nach der nächsten GPK-Sitzung, trete ich aus dem Könizer Parlament zurück. Aktenstapel werden verschwinden, nicht aber all die wertvollen Erfahrungen und die Verbundenheit zu Persönlichkeiten, welche ich hier im Parlament und in der Verwaltung kennen lernen durfte. Trotz Meinungsverschiedenheiten und hitzigen Debatten ist hier die Atmosphäre freundschaftlich und sachlich geblieben, fast immer jedenfalls. Das ist nicht selbstverständlich und ich danke allen, die dazu beitragen dass es so ist und dass es auch so bleibt. Man kann in der Gemeindepolitik keine Berge versetzen, es braucht Geduld und Ausdauer, besonders wenn es um Ergänzungen im Baureglement oder um die Sanierung von Scheibenständen geht. Schneller als erwartet konnten die Finanzen wieder ins Lot gebracht werden. Ich erinnere mich an enorme Defizite von bis zu 10 Millionen Franken, an den Bilanzfehlbetrag und dessen Tilgung durch Ausgaben- disziplin, durch Steuererhöhung und durch den Verkauf von Liegenschaften. Dafür meinen Dank und meine Hochachtung an den Gemeinderat. Zum Schluss zwei von mir subjektiv wahrgenommene Veränderungen: "Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es": Bei aller Strategie und Konzeptionitis wünschte ich mir manchmal mehr Mut zum Handeln. Das Parlament ist zunehmend „Block-iert“: Seit den Wahlen 2009 empfinde ich die Positionen häufig zementiert, fraktions- oder blockgebunden. Parlare bedingt auch zuhören und dann zu seiner eigenen Meinung stehen dürfen. Seit meiner ersten GGR-Sitzung am 13. November 2000 habe ich unzählige Stunden in die Gemeindepolitik investiert, und ich bereue aber kaum eine davon. Habt Dank liebe Freunde, ich wünsche euch weiterhin gutes Gelingen und Gottes Segen für euren Einsatz zum Wohle der Bürger von Köniz. Mit freundlichen Grüssen Rolf Zwahlen."

**Hermann Gysel (EVP):** Rolf Zwahlen ist der dienstälteste Parlamentarier. Seit seiner ersten Sitzung im GGR sind nun gut elf Jahre vergangen. Es gibt aber jetzt keine ausgedehnte Laudatio, sondern, wie es sich für einen Ingenieur gehört, drei Punkte. Rolf Zwahlen ist erstens gut vernetzt, zweitens humorvoll und drittens gemeinwohlorientiert.

Gut vernetzt: bei der Feuerwehr, bei den Bauern, in der oberen Gemeinde, bei der exportorientierten Maschinenindustrie, bei den Rauchern, bei der Gemeindeverwaltung, bei den Töfffahrern und bei den Bienenzüchtern. Das sind ausgezeichnete Voraussetzungen für die Arbeit im Parlament.

Humorvoll: Es ist nicht nur die Fähigkeit, bei anderen ein Lachen hervorzurufen. Es geht darum, in einer Situation – trotz der bekannten persönlichen Fehler – einen eigenen, neuen Fehler zu erkennen und darüber zu lachen. Durch dieses zur eigenen Schwäche stehen, überwindet man das Bedrohliche. Denn wenn man sich dümmer macht als man ist, so wird man stärker als man scheint.

Gemeinwohlorientiert: Das wiederum muss man in drei Unterpunkte aufteilen: 1) Sachorientiert: Rolf Zwahlen Arbeit war – typisch für einen Ingenieur – sachorientiert und das bis ins Detail. Auch in der GPK. Er liess sich weder von der Fraktionsmeinung noch von anderem politischen Druck bestimmen. 2) Selbstkritisch. Rolf Zwahlen ging es nicht darum, seine eigene Meinung durchzusetzen. Er war stets offen für gute Ideen, ob sie nun von rechts oder von links kamen. Und er hat seine Haltung auch nach einem Geschäft noch kritisch hinterfragt. So ärgert ihn heute noch die ungenügend kritische Haltung gegenüber den Lifttürmen von Niederwangen. 3) Spontan: Vorbereitete Voten sind schön und recht, aber Politik wird erst richtig interessant, wenn man spontan reagieren kann. Erst das ermöglicht einen Prozess, der zu einer breiter abgestützten Entscheidung führt.

Wir danken Rolf Zwahlen mit zwei kleinen Geschenken – einem Gutschein für eines seiner Hobbys und etwas gegen Entzugserscheinungen vom Parlament – ein Buch mit dem Titel „Die Kunst des klaren Denkens“.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Annemarie Berlinger-Staub gibt Ihren Rücktritt als Präsidentin der Redaktionskommission bekannt. Ich lese das Rücktrittsschreiben: "Rücktritt als Präsidentin der Redaktionskommission. Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Ursula. Nach beinahe sechs Jahren als Präsidentin erkläre ich per Ende Jahr meinen Rücktritt aus der Redaktionskommission. Es waren spannende Sitzungen, die ich leiten durfte, lange und ausführlich haben wir oft über Details diskutiert. Das Ziel war stets, dass der Stimmbürger und die Stimmbürgerin die Abstimmungsbotschaften gut verstehen würden. Der Arbeitsaufwand hat, seit auch die Pro- und Kontra-Argumente aufgeführt werden, stetig zugenommen.

Was anfangs als \*Komma-Kommission\* belächelt wurde, stellte sich immer mehr als anspruchsvolle Kommissionsarbeit heraus. Die Unterstützung durch die Verwaltung war stets sehr gut. Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse, Annemarie Berlinger-Staub." Da in der Redaktionskommission somit ein Sitz vakant wird, bitte ich die SP-Fraktion, bis Ende Jahr Vorschläge für die Nachfolge ans Parlamentssekretariat abzugeben. Der Präsident der GPK wird nun ein Votum zum Thema Baurechtsvertrag Mühlestrasse, Oberwangen abgeben.

**GPK-Präsident Christoph Salzmann (SP):** Ich gebe hier eine Information in Bezug auf Baurechtsverträge an das Parlament bekannt: Im Frühjahr sind parallel und unabhängig voneinander, von zwei Seiten her Fragen und Unsicherheiten rund um die Delegation von Kompetenzen an den Gemeinderat zum Abschluss von Baurechtsverträgen aufgetaucht. Einerseits hat es der GPK und im Parlament eine Diskussion gegeben, ob und unter welchen Bedingungen eine Kompetenzdelegation zum Abschluss von Baurechtsverträgen erfolgen soll. Zudem sind Unsicherheiten aufgetaucht, welche Konditionen in einem Baurechtsvertrag festgehalten werden können. Die Diskussion ist bei den Geschäften zu den Altersheimen und der Sägemattstrasse entbrannt.

Andererseits ist die GPK Ende Mai über eine Änderung eines Baurechtsvertrags von 1992 durch den Gemeinderat orientiert worden. Das Geschäft ist am 2. März 2011 vom Gemeinderat beschlossen worden. Worum ging es? 1992 hat das Parlament beschlossen, eine Liegenschaft an der Mühlestrasse 16 + 18 in Oberwangen der Genossenschaft Wohnraum Köniz – ehemals Genossenschaft für sozialen Wohnungsbau – im Baurecht abzugeben. Die Genossenschaft ist gemeinnützig und wurde von Gewerblern ins Leben gerufen. Gemeinderat Urs Wilk ist Mitglied. Es wurde ein für damalige Verhältnisse reduzierter Pachtzins vereinbart, unter anderem mit der Auflage, die Wohnungen günstig, mit Kostenmiete zu vermieten und Mieter und Mieterinnen, die von den Sozialbehörden zugewiesen werden, zu bevorzugen. Dieser Punkt ist entgegen dem Willen des damaligen Gemeinderats als Zusatzantrag verabschiedet worden. Aus diversen Gründen wollte die Genossenschaft die Liegenschaft nun verkaufen. Die Käuferin wollte die Bestimmungen aber nicht übernehmen. Der Gemeinderat hatte diese Änderung in eigener Kompetenz beschlossen. Ein Mitbericht der Fachstelle Recht vom Februar 2011 hat die Änderung nicht als Bagatelle beurteilt und bezweifelt, ob die Vertragsanpassungen noch vom Willen des Parlaments gedeckt werden. Die Fachstelle Recht empfiehlt, falls die Liegenschaftsverwaltung nicht noch sehr schlagkräftige Argumente nachliefert, das Geschäft dem Parlament vorzulegen. Der Gemeinderat – Gemeinderat Urs Wilk – ist in den Ausstand getreten – ist der Argumentation der Liegenschaftsverwaltung gefolgt und hat das Geschäft verabschiedet, die DSL jedoch aufgefordert, die GPK zu orientieren. Diese Information erfolgte drei Monate später. Im August erhielt die GPK auch Kenntnis vom damaligen Bericht der Fachstelle Recht. Die GPK hat auf weitere langwierige juristische Abklärungen verzichtet, ob der Gemeinderat richtig gehandelt habe, denn sie wollte nicht Kosten für etwas verursachen, das schon längst über die Bühne ist. Die GPK hat aber ihr Befremden über den zögerlichen Informationsfluss in einem Schreiben ausgedrückt und fragt sich, ob das Vorgehen politisch geschickt ist. Sie hat beschlossen, die Information über dieses Geschäft dem Parlament zur Kenntnis zu bringen, weil schliesslich dieses damals den Baurechtsvertrag mit dem Zusatzantrag genehmigte. Im Sinne einer Vorwärtsstrategie hat die GPK auf eine Aussprache mit dem Gemeinderat gesetzt, wie bei künftigen Baurechtsvertragsgeschäften vorzugehen sei. Die GPK hat vor einer Woche mit Gemeinderat Urs Wilk, dem Gemeindepräsidenten Luc Mentha und mit Herrn Gurtner – einem versierten Notar – eine Aussprache durchgeführt. Das Thema war einerseits eine Information über neue zivilrechtliche Bestimmungen zu Baurechtsverträgen, die ab 2012 in Kraft treten. Diese Bestimmungen ermöglichen künftig ein Festhalten von Konditionen nicht nur in den Verträgen, sondern auch im Grundbuch. So könnten die Konditionen rund um die Altersheime Köniz ins Grundbuch eingetragen werden oder diejenigen des Baurechtsvertrags für die Mühlestrasse 16 + 18 in Oberwangen. Das bindet auch allfällige Nachfolger von Liegenschaften. Andererseits hat die GPK Richtlinien diskutiert, wie sie künftig mit Kompetenzen und Delegationen umgehen will und wie diese zu prüfen sind. Wir haben dazu einen Entwurf vorgelegt, welcher von den beiden an der GPK-Sitzung anwesenden Gemeinderäten gut aufgenommen worden ist. Der Entwurf wird dem Gesamtgemeinderat noch vorgelegt. Die GPK ist zuversichtlich, dass diese Richtlinien eine gute Grundlage dafür sind, um das Vertrauen in den Gemeinderat wieder zurückzugewinnen.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Traktandum 2, entfällt, da keine Kommissionsersatzwahlen vorzunehmen sind. Eine Bemerkung zu den Traktanden 3, 1101 Postulat "Machbarkeitsstudie Badeanlage Weiermatt" und 4, "Lehrschwimmbad Niederwangen – Sanierung": Die Reihenfolge ist ungewohnt, denn normalerweise werden Vorstösse nach den Gemeinderatsgeschäften beraten. Hier habe ich eine Ausnahme gemacht, weil ich der Meinung bin, dass die Beratungen über die Machbarkeitsstudie sehr wohl Einfluss auf Traktandum 4 haben kann.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 14. November 2011 (Nachversand)

**Thomas Frey (BDP):** Bei meinem Votum sind auf Seite 259 wahrscheinlich einige Punkte bei der Übersetzung vom Berndeutschen in die hochdeutsche Sprache falsch verstanden worden. Zeile 6: Anstelle des aufgeführten Satzes: "Wir wollen eine flexiblere Lösung mit Bussen anstelle des weniger flexiblen Trams auf einer Achse der Schwarzenburgstrasse, auf welcher bereits heute der Langsamverkehr, der öV und der MIV zu Hauptverkehrszeiten nicht ohne Stau zusammenverkehren können", ist Folgendes festzuhalten: "Das Projekt sieht vor, die flexiblere Lösung Bus durch das weniger flexible Tram zu ersetzen und das auf einer Achse Schwarzenburgstrasse auf welcher bereits heute der Langsamverkehr, öV und MIV zur Hauptverkehrszeit nicht ohne Stau zusammen verkehren können." Anstelle der Zeilen: "Es stehen Zuwachsraten von über 20 Prozent beim MIV und von über 60 Prozent beim öV an. Wir erwarten zudem von Parlamentsmitglied Hugo Staub – Mitarbeiter beim Stadtplanungsamt Bern – die Quadratur des Kreises, indem er eine zweite Tramachse in der Innenstadt findet. Das Projekt Tramlinie 10 kostet – ohne die Realisierung einer zweiten Tramachse in der Innenstadt Bern – 550 Millionen Franken +/- 20 Prozent und ohne diese zweite Tramachse fährt das Tram nicht flüssig durch die Innenstadt" ist Folgendes festzuhalten: "Zuwachsraten von über 20 Prozent MIV und von über 60 Prozent öV sind zusätzlich noch zu beachten. Damit die Tramlösung funktioniert, bedarf es von Hugo Staub die Quadratur des Kreises, indem er die zweite Tramachse in der Innenstadt findet. Das Projekt kostet 550 Millionen Franken +/- 20 Prozent, die Kosten der zweiten Tramachse nicht eingerechnet." Im Abschnitt Finanzierung ist festgehalten: "Der Bundesbeitrag ist auf 550 Millionen Franken plafoniert, d. h. alle zusätzlichen Ausgaben müssen selber finanziert werden." Ich bitte anstelle dieses Satzes Folgendes festzuhalten: "Der Bundesbeitrag ist plafoniert, d. h. ein Fixbetrag noch oben. Kostet es mehr, so kriegen wir nicht mehr, kostet es weniger, so gibt es weniger." Anstelle der Satzbeginns: "Der Kanton macht uns Glauben..." bitte ich, diesen wie folgt zu beginnen: "Man macht uns Glauben...". In Zeile 27 meines Votums ist festgehalten: "Etwa gar über eine Steuererhöhung? Man könnte unter Umständen – um das Budget ins Lot zu bringen – die Einnahmen von juristischen Personen heraufsetzen." Ich bitte um folgende Korrektur: "Der Gemeinderat könnte versucht sein, uns um das Budget ins Lot zu bringen, die Einnahmen der juristischen Personen heraufzusetzen."

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Ich schlage vor, dass die Protokollführerin, Ruth Spahr, zusammen mit der Parlamentssekretärin, Verena Remund, die Aufnahme der Sitzung vom 14. November 2011 nochmals anhören und mit den Worten vergleichen, die Thomas Frey geändert wünscht. Handelt es sich um keine inhaltlichen Abweichungen, können die Korrekturen erfolgen. Inhaltliche Abweichungen können jedoch nicht korrigiert werden. Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 14. November 2011 wird genehmigt. Die Änderungswünsche von Thomas Frey auf Seite 259 werden aufgenommen, sofern diese mit der Aufnahme übereinstimmen.

*Anmerkung zum Protokoll:* Das Votum von Thomas Frey wurde nochmals angehört und wird hier wiedergegeben: "In Ergänzung zum Votum der BDP hier meine Stellungnahme als BDP-Vertreter in der Finanz- und Tramkommission. Zu Beginn war ich dem Projekt positiv gegenüber gestanden. Heute empfehle ich die Ablehnung. In den letzten 20 Monaten habe ich einen Prozess durchgemacht."

Ich habe festgestellt, dass das Tramprojekt unsere Verkehrsprobleme in Köniz nicht löst und Sachzwänge schafft. Das Nutzen-/Kostenverhältnis stimmt nicht. Was wollen wir? Wir wollen den flexibleren Bus durch das weniger flexible Tram ersetzen. Und das auf einer Achse der Schwarzenburgstrasse, wo wir heute schon den Langsamverkehr, den öV und den MIV nicht ohne Stau zusammenfahren lassen können. Es stehen Zusatzraten von über 20 Prozent beim MIV und von über 60 Prozent beim öV an. Wir erwarten zudem von Hugo Staub die Quadratur des Kreises, indem er eine zweite Tramachse in der Innenstadt findet. Das Ganze kostet 550 Millionen Franken +/- 20 Prozent und die Kosten der zweiten Tramachse sind hier nicht dabei. Diese kostet uns in Köniz zwar angeblich nichts, aber wenn diese nicht ist, fließt das Tram nicht.

Mittel und Finanzierung: Der Bund hat einen Bundesbetrag, der plafoniert ist. Das heisst, wir haben einen maximalen Betrag. Alles was wir zusätzlich ausgeben, über den genannten 550 Millionen Franken, bezahlt der Bund nicht, das bezahlen wir. Alles was weniger kostet, bezahlt der Bund weniger. Der Kanton: Man macht uns Glauben, dass 300 Millionen Franken in einem Topf vorhanden sind und darauf warten, für das Tram abgeholt zu werden. Dem ist nicht so. Ich habe mich mit dem Präsidenten der Finanzkommission vom Grossen Rat, Herrn Heinz Siegenthaler, getroffen. Er hat mir versichert, dass bisher im Grossen Rat über keinen Betrag von 300 Millionen Franken für das Tramprojekt Köniz beraten und beschlossen worden ist. Es liegt auch kein Antrag bei der Finanzkommission für ein solches Anliegen vor. Es mag sein, dass der Regierungsrat beabsichtigt, einen solchen Antrag zu stellen. Bis heute ist aber diesbezüglich nichts beschlossen. Die Gemeinde: Wie sieht es hier aus? Auch hier macht man uns Glauben, dass wir die Kosten des Projekts über die Laufende Rechnung alle Jahre abwickeln können. Auf Kosten welcher Investitionen? Etwa über eine Steuererhöhung? Man könnte unter Umständen auch, damit das Budget jeweils ins Lot kommt, die Einnahmen der juristischen Personen heraufsetzen. Ja, es ist wahr, wir haben zusätzliche Arbeitsplätze in Köniz damit. Wir sind uns aber bewusst: Der allergrösste Teil der Arbeitsplätze sind Bundesarbeitsplätze und diese bezahlen keine Steuern in den juristischen Topf der Steuern. Das Vorhaben, die recht neue Schwarzenburgstrasse vom Park Liebefeld bis hinauf zum Schloss wieder aufzureissen, d. h. 6 bis 8 Jahre – die Geschäfte, die in diesem Bereich an die Schwarzenburgstrasse anrainen, lassen grüssen – und neu neu zu machen, grenzt fast etwas an Dekadenz, wenn man bedenkt, dass man im Wangental seit über 20 Jahren auf die Sanierung der Freiburgstrasse wartet. Ich bitte Sie, lehnen Sie ab."

## 2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

## 3. 1101 Postulat (Hansueli Pestalozzi, Grüne), Bernhard Bichsel, FDP, Barbara Thür, GLP) "Machbarkeitsstudie Badeanlage Weiermatt" Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Ich danke dem Gemeinderat für die zeitgerechte Fertigstellung der von uns verlangten Machbarkeitsstudie, die als mögliche Alternative zur Sanierung des Lehrschwimmbades in Niederwangen verlangt, das 25-Meter-Becken der Badeanlage Weiermatt mit einem Glaspavillon zu überdecken. Ich habe die Studie auf Nachfrage hin erhalten und es fand, zusammen mit der Verwaltung, eine Sitzung über die Studie und den Bericht des Gemeinderats statt.

Leider muss ich feststellen, dass der Bericht zum Postulat sehr tendenziös ist. Mit Ausnahme jenes Teils, in dem die Machbarkeitsstudie zusammengefasst ist, ist der Bericht vor allem eine Sammlung von Gegenargumenten, weshalb der Glaspavillon in der Badeanlage Weiermatt keine Alternative zum Lehrschwimmbad ist. Das ist aus unserer Sicht nicht professionell. Wir erwarten vom Gemeinderat die Erarbeitung einer neutralen Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen. Entsprechend erklärt sich die Fraktion der Grünen enttäuscht vom Bericht des Gemeinderats. Es kann sogar der Verdacht aufkommen, dass der Pavillon möglichst schlecht und unattraktiv dargestellt wird, damit er nicht als Alternative infrage kommt. Anhand von vier Beispielen möchte ich dies erläutern:

Erstens werden in der Machbarkeitsstudie vier Varianten aufgezeigt. Die billigste kostet 700'000 Franken, die Luxusvariante 1,785 Millionen Franken. Im Bericht ist jedoch nur die Luxusvariante mit Chrom, Nickel, Stahl und Solarabsorber erwähnt. Zweitens zeigt die Studie deutlich auf, dass mit der ausgewählten Luxusvariante das Wasser des 25-Meter-Beckens im Frühling pro Sonnenschein-Tag um 2,5 Grad erwärmt werden kann. Somit genügen vier Sonnentage, damit das Wasser vor Schulbeginn nach den Frühlingsferien von ursprünglich 14 auf 24 Grad erwärmt werden kann. Diese Temperatur kann gemäss der Studie bis im Herbst gehalten werden. Trotzdem sind im Bericht an mehreren Stellen Sätze festgehalten wie: "Die Badetemperaturen sind nach wie vor grösstenteils doch noch witterungsabhängig." Das heisst in meinen Augen, dass die Machbarkeitsstudie nicht ernst genommen wird. Drittens ist zum Thema Schulschwimmen festgehalten, dass die Badeanlage Weiermatt nur in der Zeit von den Frühlings- bis zu den Sommerferien für das Schulschwimmen genützt werden kann. Nach den Sommerferien beginnt jeweils ein neues Schuljahr und es ist nicht möglich, den Stundenplan von zwei Schuljahren entsprechend zu korrigieren. Sollte dies tatsächlich ein Problem sein – was ich auch verstehe – wieso kommt man nicht beispielsweise auf die Idee, mit den Drittklässlern gleich nach den Sommerferien mit dem Schwimmunterricht zu beginnen und nach einer Winterpause von den Frühlings- bis zu den Sommerferien weiterzufahren? Damit würde man die total notwendigen 15 Wochen Schwimmunterricht erreichen. Die Vorteile der Alternativlösung werden mit keinem Wort erwähnt. Das 25-Meter-Schwimmbekken in der Badeanlage Weiermatt ist beispielsweise doppelt so gross wie das Lehrschwimmbekken Niederwangen. Damit können mehr Gruppen gleichzeitig unterrichtet werden. Auch ist der Anfahrtsweg in die Badeanlage Weiermatt von den meisten Schulhäusern weg deutlich kürzer als nach Niederwangen. Die Badeanlage Weiermatt ist besser mit dem öV erreichbar. Viertens sind die Betriebskosten für die Alternativlösung mit einem Glaspavillon jährlich mit 21'600 Franken budgetiert, d. h. deutlich tiefer als für das Lehrschwimmbad Niederwangen. Dafür werden für den Betrieb des Pavillons exorbitant hohe Personalkosten von 92'000 Franken pro Jahr in Aussicht gestellt. Laut Bericht geht man davon aus, dass der öffentliche Badebetrieb um einen Monat verlängert wird, aber nur im Pavillon. Das macht jedoch keinen Sinn, da er in dieser Zeit hauptsächlich durch den Schulbetrieb belegt sein wird. Wenn die Badeanlage in dieser Zeit nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, fallen Personalkosten weg und auch die Aufsicht durch einen Bademeister ist in dieser Zeit nicht notwendig. Diese Abklärung haben wir vorgenommen. Das einzige Argument, das mir in Bezug auf die Personalkosten einleuchtet ist die weniger gute Übersicht aufgrund des Glaspavillons. Das kann ein Problem darstellen, obwohl während der Sommerzeit die Seitenwände des Pavillons meistens offenstehen werden. Ob dafür aber eine zusätzliche Stelle für einen Bademeister nötig ist, möchte ich bezweifeln. Im Bericht wird auch mit keinem Wort erwähnt, dass der Pavillon den freiwilligen Schulsport während der Sommerferien wesentlich erleichtern würde, denn dafür muss zurzeit immer eine Ausweichmöglichkeit, d. h. eine Halle zur Verfügung stehen. Mit dem Pavillon würde die Badeanlage Weiermatt aus meiner Sicht deutlich an Attraktivität gewinnen, weil damit eine immer angenehm temperierte Wärmeinsel vorhanden wäre. Dank der Glaswände könnte das Becken auch vor zu viel Wind, z. B. der Bise, geschützt werden. Das alles mit lokal erneuerbarer Energie direkt vom Dach. Ich würde es nicht für ausgeschlossen halten, dass ein solcher ökologischer Warmwasserpavillon zu einer Erfolgsstory werden könnte. Mit Bedauern habe ich jedoch feststellen müssen, dass viele Leute aus der Verwaltung diesem Vorschlag äusserst skeptisch gegenüber stehen. Das kommt im Bericht deutlich zum Ausdruck.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Für den obligatorischen Schwimmunterricht ist der Pavillon zwar nur halb so gut wie das Lehrschwimmbad in Niederwangen, er kostet aber auch nur halb so viel und würde der Badeanlage insgesamt und auch dem freiwilligen Schulsport einen wesentlichen Nutzen und Vorteil bringen.

Die Fraktion der Grünen wird der Abschreibung des Postulats zustimmen, denn die geforderte Machbarkeitsstudie wie auch der Bericht liegen vor, auch wenn wir uns vom Inhalt nicht befriedigt erklären.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Wir danken dem Gemeinderat für die Erfüllung des Postulats und die seriösen Abklärungen. Auch uns ist beim Lesen aufgefallen, dass der Bericht – so haben wir dies jedenfalls empfunden – relativ tendenziös ist. Inhaltlich entspricht der Bericht hingegen dem was wir uns erhofft haben. Die Machbarkeit ist geprüft worden. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion das Postulat als erfüllt abschreiben.

Die politische Diskussion zum Lehrschwimmbad Niederwangen wird in Traktandum 4 zu führen sein. Wir waren etwas irritiert über den Umstand, dass bereits in diesem Bericht viele der Argumente vorausgenommen worden sind.

**Barbara Thür (GLP):** Auch ich danke dem Gemeinderat für seine umfassenden Abklärungen und den Bericht. Ich hatte die Hoffnung, dass sich ein witterungsunabhängigerer Badebetrieb in der Badeanlage Weiermatt einfacher gestalten lässt und dass die Installierung eines Pavillons eine gute Alternative zur Sanierung des Lehrschwimmbades Niederwangen ist. Der Bericht, wie auch das Gespräch mit Fachpersonen aus der Gemeinde, haben aus meiner Sicht aber klar aufzeigen können, dass dies Wunschdenken ist. Die im Bericht aufgeführten und sicher nicht zu knapp bemessenen Kosten und die aufgeführten Hindernisse, welche auch mir manchmal etwas zu gross dargestellt erscheinen, sind aber nicht wegzuleugnen. Ich erwähne die bisher nicht getrennten Wasserkreisläufe zwischen den Becken, die engen Platzverhältnisse in den technischen Anlagen oder die schlechtere Übersicht für die Badeaufsicht. Das Aufsichtspersonal in der Badeanlage Weiermatt ist sehr knapp berechnet. Wenn die Badeanlage vor der eigentlichen Badesaison für Schulen geöffnet werden soll, ist eine Absperrung der noch leer stehenden Wasserbecken unumgänglich, was die Arbeiten auf der Anlage erschwert. Da es sich bei der Badeanlage Weiermatt im Gegensatz zum Lehrschwimmbad Niederwangen um eine öffentliche Anlage handelt, genügt eine Aufsicht durch eine Schwimmlehrperson nicht, wurde mir gesagt. Auch ist in der Badeanlage Weiermatt kein Schulhauswart vorhanden, der 25 Prozent seiner Arbeitszeit für die Aufsicht im Lehrschwimmbad verwenden kann. Damit werden Synergien genutzt. Der Pavillon verursacht aus meiner Sicht grosse Umtriebe und Kosten und deshalb scheint mir das Kosten-/Nutzenverhältnis alles andere als ideal. Die verlängerte Nutzbarkeit der Badeanlage fällt im Herbst in die Schulferien und bringt dem Schwimmunterricht für die Schulen keinen grossen Gewinn. Den auf ein halbes Jahr veranschlagten Schwimmunterricht auf zwei Vierteljahre vor und nach den Sommerferien zu verteilen, ist logistisch schwierig mit dem Turnunterricht kombinierbar.

Zusammengefasst: Das Projekt wäre aus meiner Sicht ein – entschuldigen Sie den Ausdruck – "Murks" und deshalb kann das Postulat gemäss der Meinung der CVP/EVP/GLP-Fraktion ohne weitere Abklärungen abgeschrieben werden.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** Zu den zwei letzten, hier im Parlament beratenen Sportgeschäften – die Sportarten Schiessen und Eishockey betreffend – befanden sich vor allem Männer auf der Zuschauertribüne. Heute ist der Frauenanteil wesentlich höher. Das Schwimmen als Sport, besonders das Aqua-Fit, interessiert offenbar eher Frauen.

Die SP-Fraktion dankt den drei Postulanten für ihre Idee, eine Machbarkeitsstudie zu veranlassen. Damit wurde eine Alternative zur Sanierung des Lehrschwimmbades Niederwangen eingehend geprüft. Die Vorlage ist von Stephanie Staub-Muheim und mir sehr intensiv vorbereitet worden. In der GPK haben wir mit Fachpersonen sehr intensiv diskutiert, unter anderem auch über die Personalkosten. Ich spreche hier als Vertreter der SP-Fraktion und halte Folgendes fest: Die Vorlage und alle Informationen, die auf Veranlassung der GPK den Fraktionen zugestellt worden sind, zeigen uns, dass ein Dach mit Sonnenkollektoren über dem 25-Meter-Becken in der Badeanlage Weiermatt keine ernsthafte Alternative zum Lehrschwimmbad in Niederwangen sein kann, auch wenn die Personal- oder Baukosten noch reduziert werden könnten. Im Zentrum der Alternative steht der obligatorische Schwimmunterricht. Vielleicht wäre dies mit der Überdachung des 25-Meter-Schwimmbeckens in der Badeanlage Weiermatt machbar. Es wäre jedoch ein "Murks". Mehr als 30 Schwimmgruppen vom Frühling bis in den Herbst durchzuschleusen, mag unter Umständen vielleicht funktionieren. Die Badeanlage müsste jedoch bereits jeweils um 08.00 Uhr öffnen, was wiederum Kosten verursacht oder Schülergruppen müssten den Schwimmunterricht während der Mittagszeit absolvieren. Die Kinder, die Schwimmunterricht nehmen, sind wohlgemerkt im Alter von neun oder 10 Jahren. Ein Murks ist es auch, weil das Schwimmen trotz Dach und Sonnenkollektoren immer noch witterungsabhängig ist. Das Wasser mag vielleicht erwärmt sein, die Lufttemperatur jedoch nicht und in der Badeanlage sind grosse Distanzen zu überwinden. Wenn aus Witterungsgründen zu viele Ausfälle vorkommen, kann das Lernziel eines Wassersicherheitschecks nicht erreicht werden. Wenn das wärmste Becken immer bis um 16.00 Uhr durch mindestens zwei Schwimmgruppen belegt ist, sind Konflikte mit dem zahlenden Publikum vorprogrammiert. Wird der Schwimmunterricht auf zwei Schuljahre verteilt – vor und nach den Sommerferien – ist auch das ein Murks, weil in der Zwischenzeit neue Stundenpläne erstellt werden müssen. Bereits ohne Schwimmunterricht kommt die Gestaltung der Stundenpläne einer Quadratur des Kreises gleich. Die Herausforderung besteht darin, die Bildung und Schliessung neuer Klassen zu berücksichtigen, die Belegung der Spezialräume, wie auch immer mehr Teilpensen der Lehrkräfte. Hinzu käme die Abstimmung des Schwimmunterrichts auf zwei Schuljahre mit allen dreizehn Schulen. Das ist jenseits des Zumutbaren und hat nichts mit Bequemlichkeit der Lehrpersonen zu tun.

Wenn nicht ein Murks, so ist es mindestens aus didaktischen Gründen suboptimal, den Schwimmunterricht in der dritten Klasse nach den Sommerferien mit fünf Lektionen zu beginnen und nach der Winterpause in den Frühlingsferien wieder aufzunehmen. Ein Murks ist es auch, weil es schwierig ist, die Schulkinder zwischen Schwimmbecken und Garderoben in der weitläufigen Badeanlage Weiermatt – Abschränkungen können leicht überklettert werden – zu beaufsichtigen.

Fazit: Der obligatorische Schwimmunterricht in der Badeanlage Weiermatt ist auch mit einer Überdachung keine Alternative zum Lehrschwimmbad Niederwangen, sondern Illusion. Das Kosten-/Nutzenverhältnis eines Pavillons muss unabhängig vom Schwimmunterricht der Schulen über eine mögliche Attraktivitätssteigerung – die aber in meinen Augen nicht sicher ist – beurteilt werden. In dem Sinn sind mit der Machbarkeitsstudie erste Grundlagen zu den Kosten vorhanden; noch nicht aber zum Nutzen. Dafür danke ich den Postulanten. Der Auftrag ist nun erledigt und das Postulat abzuschreiben.

**Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP):** Die SVP-Fraktion hat das interessante Postulat gut unter die Lupe genommen und vor allem den Bericht des Gemeinderats, da beide Teile wirklich interessante Überlegungen enthalten. Leider wurde uns schnell einmal klar, dass Kosten und Nutzen in einer Disbalance stehen. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion der Abschreibung des Postulats zustimmen.

Auch wir haben uns Überlegungen zum anschliessend zu beratenden Traktandum 4 gemacht. Die Überlegungen der Postulanten waren gut und richtig. Die Überdachung hätte eine Alternative zur Sanierung des Lehrschwimmbades sein können. Auch die Arbeit des Gemeinderats war in unseren Augen sehr gut. Die vorliegenden Unterlagen zeigen aber auf, dass die Überdachung des 25-Meter-Beckens ein "Murks" wäre.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke den Postulanten für die Anerkennung unserer sorgfältig abgefassten Machbarkeitsstudie. Der Gemeinderat hat sich Mühe gegeben und aufzuzeigen versucht, was möglich ist. Hätte die Idee funktioniert, hätte sie tatsächlich etwas Bestechendes. Leider hat sich aber ergeben, dass sie nicht funktioniert.

Zu Hansueli Pestalozzi: Ich möchte hier festhalten, dass der Gemeinderat vier Varianten untersucht hat. Das von uns beauftragte Planungsbüro hatte den Auftrag, möglichst günstige Varianten zu finden und welche Konsequenzen eine allfällige Überdachung haben könnte. Wenn er nun der Meinung ist, der Gemeinderat habe die Luxusvariante ausgewählt, ist das nicht ganz korrekt. Wir haben jene Variante ausgewählt, die den höchsten Nutzwert für die investierten Mittel in technischer Hinsicht bringt. Die von ihm erwähnte Variante hätte zur Folge, dass das Becken über keinen separaten Wasserkreislauf verfügen würde. Beim Normalbetrieb während der Badesaison hätte das zur Folge, dass kein erwärmtes Wasser mehr vorhanden wäre, was nicht im Sinne der Postulanten ist. Die Feststellung, dass sich die Wassertemperatur um zwei Grad pro Sonnentag erhöht, ist richtig. Scheint die Sonne aber nicht, ist das nicht der Fall und deshalb ist die Feststellung von Hansueli Pestalozzi, dass sich die Wassertemperatur innert vier Tagen um 10 Grad erhöht, nicht richtig. Wir unterscheiden zwischen Wasser- und Badetemperatur. Die Badetemperatur umfasst zusätzlich die Aussenlufttemperatur. Es nützt nichts, wenn die Wassertemperatur im Pavillon zwar 22 Grad beträgt, die Kinder jedoch bei einer Lufttemperatur von 15 Grad in die Garderoben müssen. Da machen viele Eltern sicher nicht mit. In Bezug auf die Personalkosten: Hansueli Pestalozzi stellt diese in meinen Augen nicht richtig dar. Wir haben versucht, das richtig zu erklären: Der Pavillon hat zur Folge, dass die Übersichtlichkeit im Bad geringer wird und die Badeaufsicht auch während der normalen Badesaison nicht mit zwei Bademeistern aufrecht erhalten werden kann, sondern dass zwingend eine dritte Aufsichtsperson benötigt wird. Wir arbeiten mit einem Minimum an Personal, das einen sicheren Betrieb gewährleistet, aber es ist sicher nicht zu wenig Personal vorhanden. Der Pavillon würde mitten in der Badeanlage stehen und deshalb die Übersicht beeinträchtigen. Dieser Umstand kann nicht wegdiskutiert werden.

Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass Sie im nächsten Traktandum noch weiter über das Thema beraten wollen, danke aber für die Abschreibung des Postulats.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Falls ich nicht erwähnt habe, dass für eine Erwärmung der Badetemperaturen auf 24 Grad vier Sonnentage notwendig sind, möchte ich dies hier festhalten. Die Idee ist, das Wasser zwei Wochen vorher einzufüllen, damit die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass die Sonne während vier Tagen scheint. Ich habe von einer Luxusvariante gesprochen. In der Machbarkeitsstudie ist noch eine Variante aufgeführt, die um 150'000 Franken billiger ist und wo anstelle von Chrom-Nickel-Absorbern solche aus Gummi verwendet werden. Das würde durchaus auch genügen.

Mehrmals wurde im Zusammenhang mit dem Pavillon von einem "Murks" gesprochen. Ich habe gesagt, der Pavillon sei nur halb so gut wie die Sanierung des Lehrschwimmbades, dafür kostet sie auch nur halb so viel.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **4. Lehrschwimmbad Niederwangen - Sanierung**

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften und Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Mit den Sitzungsakten sind Ihnen Bericht und Antrag des Gemeinderats sowie diverse Beilagen zugestellt worden. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst spricht die GPK-Referentin, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

**GPK-Referentin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Ich habe Ihnen die bereits sanierte Form eines Rettungsringswürfels aus dem Lehrschwimmbad Niederwangen mitgebracht. Ich beschränke mein Votum auf die Erklärung der Sanierungsarbeiten und baulichen Massnahmen. Ebenfalls werde ich keinen Vergleich mit dem Postulat zur Überdachung des 25-Meter-Schwimbeckens in der Badeanlage Weiermatt vornehmen.

Mein Dank geht an die DSL (Direktion Sicherheit und Liegenschaften), vor allem an die Abteilung Gemeindebauten, wie auch an die DSB (Direktion Soziales und Bildung), vor allem an die Abteilung Schulsport. In mehreren Gesprächen haben Christoph Salzmann und ich Abklärungen zum Sanierungskredit, dem Schwimmkostenkonzept, etc. vorgenommen. Die Antworten aller beteiligten Abteilungen waren kompetent und ausführlich, sogar noch heute Nachmittag.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Ja- und 2 Nein-Stimmen, dem Sanierungskredit zuzustimmen. Die Minderheit der GPK hat folgende Bedenken: Erstens fragt sie sich, ob wir uns die Kosten von 3,6 Millionen Franken wirklich leisten können. Kauft man damit nicht zweitens die Katze im Sack, wenn wir dem Kredit zustimmen, das Konzept für den Schulschwimmunterricht nicht vorliegt und die Kosten nicht transparent sind? Hält drittens die Decke über dem Schwimbeckens?

Zu den baulichen Veränderungen und der Sicherheit im Lehrschwimmbad Niederwangen: Für das ganzjährig geöffnete Lehrschwimmbad wurde ein Projekt erarbeitet, welches sicherstellt, dass die technischen Anlagen einen sicheren Badebetrieb für 20 bis 25 Jahre und die baulichen Massnahmen für 30 – 35 Jahre gewährleisten.

Zum Minergiestandard: Sämtliche neuen Einzelbauteile erfüllen den Minergiestandard. Die bestehende Gebäudehülle als System ist nicht auf Minergieniveau, da der bestehende Rohbau im Erdreich nicht maximal gedämmt werden kann. Alle neuen technischen Anlagen und Geräte sind minergiekonform.

Zur PCB- und Asbestsanierung: Da Kleber und Fugen der Boden- und Wandbeläge belastet sind, ist bei allen Abbrüchen eine Sanierung zwingend. Diese ist beim Vorprojekt noch nicht berücksichtigt worden und deshalb sind die Kosten gegenüber dem Projektierungskredit um ca. 117'000 Franken höher. Dieser Betrag ist im Sanierungskredit bereits enthalten.

Technik- und Chemikalienräume: Die heutigen Vorschriften verlangen eine getrennte Anlage, d. h. die viel grösseren Räumlichkeiten werden an der Ostseite des Aulatrakts im 1. UG realisiert. Es handelt sich somit um einen Neubau. Wer aber den desolaten Zustand der alten Örtlichkeiten gesehen hat, kann diese Vorschriften nur unterstützen.

Behindertengängiges Konzept: Der grössere Lift, sowie andere Neuorganisationen, z. B. Garderoben oder Duschen, machen es möglich, dass das Lehrschwimmbad absolut behindertengerecht konzipiert ist.

Windfang: Hier entsteht eine Art Foyer, d. h. der Eingangsbereich ist durch eine Schleuse abgeschlossen. Auch hier kann wärmetechnisch Energie gespart werden.

Die Kennzahlen zum Wärmerückgewinnungssystem. Eine erste Wärmerückgewinnungsanlage befindet sich in der Lüftungsanlage. Eine zweite ist für das abgebadete Badewasser geplant. Das ist schweizweit noch nicht vorhanden und damit handelt es sich sogar um eine Pionierleistung. Ebenfalls wird eine Solaranlage von 25 m<sup>2</sup> Fläche für die Duschwasseraufbereitung installiert. Der Stromverbrauch beträgt 79'000 Kilowattstunden, der Wärmeverbrauch liegt bei ca. 50'000 Kilowattstunden.

Detailliertere Zahlen werden erst im Energienachweis zuhanden des Baugesuchs vorliegen. Sowohl die Garderoben als auch die Duschen können in der Sommerzeit zusätzlich von den Vereinen genutzt werden.

Zum Submissionsverfahren: Alle Submissionen erfolgten im Einladungs- oder offenen Verfahren, d. h. wenn der Betrag über 100'000 Franken steigt. Pro Auftrag sind mindestens drei, in der Regel fünf Offerten eingeholt worden. Anschliessend sind die Offerten genauestens kontrolliert, ausgewertet und verglichen worden. Anlässlich des Besuchs von Christoph Salzmann und von mir hat die Verwaltung uns dies alles gezeigt und ebenfalls die Offertöffnungsprotokolle. Wir sind beeindruckt, wie genau gearbeitet wird. Die definitiven Zuschläge werden erst nach der rechtsgültigen Kreditgenehmigung vorgenommen.

Zum Obligatorium Bademeister und zu den Personalkosten: Für den geschlossenen Schwimmunterricht im Lehrschwimmbad muss das Lehrpersonal eine Zusatzausbildung, das so genannte "Brevet Pool Plus" absolviert haben, das ehemalige Lebensrettungs-Brevet. In einem öffentlichen Bad wie die Badeanlage Weiermatt, muss das Aufsichtspersonal zusätzlich den Wasser-aufsichtskurs und den Badeangestelltenkurs absolviert haben. In den Betriebskosten sind in Niederwangen keine zusätzlichen Personalkosten aufgeführt worden, da diese nur nötig wären, wenn der Badebetrieb auf Samstag und Sonntag erweitert wird oder wenn keine ausgebildete Lehrkraft anwesend ist.

Zu den Finanzen: Die Einsparungen betreffend Energie-, Betriebs- und Unterhaltskosten auf der Basis einer Betriebszeit von 35 Wochen/Jahr, sehen wie folgt aus: Bei der Energie werden ca. 16'000 Franken, beim Betrieb ca. 6'000 Franken und beim Unterhalt ca. 13'000 Franken gespart, d. h. die Gesamteinsparungen liegen pro Betriebsjahr bei ca. 35'000 Franken.

Das Kosten-/Nutzenverhältnis: Je umfassender der Belegungsplan ist desto besser wird das Kosten-/Nutzenverhältnis sein. Da es möglich sein wird, die Anlage vier oder mehr Wochen länger, sowie Samstag und Sonntag zu öffnen, sind hier auch Mehreinnahmen zu erwarten. Aber auch die Personalkosten werden anfallen, falls keine ausgebildete Person anwesend ist, sowie Abwärts- und Reinigungskosten.

Finanzierung und Folgekosten: Den Unterlagen können Sie die Zusammensetzung der Finanzierung und die Folgekosten entnehmen. Im IAFP ist das Lehrschwimmbaden wie folgt eingestellt: 2012 mit 1,8 Millionen Franken, 2013 mit 2,9 Millionen Franken sowie Folgekosten von 600'000 Franken und voraussichtliche Einnahmen von 390'000 Franken. Im Finanzplan sind auch die Abschreibungen etc. enthalten.

Zur Nachhaltigkeit: Das Schwimmen als Gesundheitssport ist sicher ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung. Übergewichtige Kinder, die vor dem Computer sitzen und sich wenig bewegen, können mit Schwimmen zu mehr Bewegung animiert werden. Die Sanierung mit all den von mir erwähnten Neuerungen hilft die Betriebskosten tief zu halten und macht dem Goldlabel Energiestadt alle Ehre.

Die Entscheidung für oder gegen den Kredit liegt ganz in Ihrem Ermessen. Bei allem Rechnen und Vergleichen gebe ich Ihnen zu Bedenken, dass wir eine grosse Gemeinde mit mehr als 39'000 Einwohnenden sind und überall – auch auf der Website – mit dem Label "familienfreundlich" werben. Mit der Sanierung unseres einzigen Kleinhallenbades, das bereits jetzt eine gute Belegung aufweist, können Sie sowohl zur Entwicklung des Labels "familienfreundlich" beitragen als auch für die Zukunft die Option offen lassen, dass das Schulschwimmen obligatorisch erklärt wird.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich mache Sie auf Folgendes aufmerksam: In der Vorlage hat sich auf der Seite die Folgekosten betreffend ein nicht inhaltsentstellender Fehler eingeschlichen: Die Jahrzahlen sind falsch aufgeführt. Mit dem Nachversand ist Ihnen die richtige Fassung zugestellt worden.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionsprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Die FDP-Fraktion hat zu diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen. Wir haben hier zwei Herzen in der Brust und ich lege das Ihnen hier wie folgt dar:

Für die Sanierung des Lehrschwimmbadens Niederwangen spricht, dass in der ganzen Region Bern ein Mangel an Schwimmfläche herrscht und <sup>1</sup>die Tatsache, dass durch die Sanierung der obligatorische Schwimmunterricht möglich gemacht wird. Die Nutzung kann ganzjährig erfolgen. Zudem sind wir zum Schluss gelangt, dass die Sanierung auch dem lokalen Gewerbe – den

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

Könizer KMU – etwas bringen wird, weil wir hoffen, dass der Gemeinderat im Fall einer Zustimmung zum Kredit das lokale Gewerbe entsprechend berücksichtigt.

Gegen eine Sanierung sprechen vor allem die hohen Sanierungskosten von fast 4 Millionen Franken. Sie erscheinen dann enorm hoch, wenn man insbesondere berücksichtigt, dass das kleine Schwimmbecken nur ein Teil der Wasserbedürfnisse befriedigt. Ein ordentlicher Schwimmunterricht ist in diesem kleinen Lernschwimmbecken nicht machbar. Es handelt sich in dem Sinn um keine richtige Lösung. Auch darf nicht vergessen werden, dass das kleine Schwimmbecken nicht öffentlich zugänglich ist, sondern nur für den Schulunterricht oder für reservierte Gruppen. Wir haben deshalb die Überlegung angestellt, ob nicht ein Schwimmunterricht mit der bestehenden Infrastruktur sinnvoller ist, weil die Kosten für die Sanierung enorm sind. Ich selber habe als Schulkind, das in der Gemeinde Köniz aufgewachsen ist, nie im Lehrschwimmbecken Niederwangen Schwimmunterricht absolviert. Das Schwimmen lernte ich in der Badeanlage Weiermatt.

Das sind die Pro- und Kontra-Argumente der FDP-Fraktion, die in der Fraktion unterschiedlich gewichtet worden sind. Aus diesen Gründen beschliesst die FDP-Fraktion Stimmfreigabe.

Zum Rückweisungsantrag der Fraktion der Grünen: Eine Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Rückweisungsantrag abzulehnen ist.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Für etwas mehr als 4 Millionen Franken will man ein Lehrschwimmbecken sanieren. Die Fraktion der Grünen kann dieser Vorlage durchaus auch positive Aspekte abgewinnen. Es handelt sich um eine konventionelle Lösung und der Schwimmunterricht ist für die Lehrpersonen einfach planbar. Das sanierte Lehrschwimmbecken benötigt 43 Prozent weniger Energie als bisher, das können wir unterstützen. Es verbraucht aber immer noch ein Vielfaches dessen was ein Glaspavillon verbrauchen würde. Die Einzelbauteile sind im Minergiestandard, auch das ist in unseren Augen gut. Die Garderoben stehen ausserhalb der Schulstunden den Vereinen zur Verfügung und das Warmwasser für die Duschen wird mit Solarenergie hergestellt. Ich muss nicht mehr erwähnen, dass wir Grünen das Schulschwimmen explizit unterstützen. Eine Mehrheit unserer Fraktion steht diesem Projekt aber aus vier Gründen skeptisch gegenüber:

Das Projekt ist teuer, sehr teuer. Die Gemeindekasse wird in den nächsten Jahren dadurch mit durchschnittlich 400'000 Franken belastet. Bei 20'000 Eintritten pro Jahr kostet ein Eintritt die Gemeindekasse ca. 20 Franken. Das ist teurer als ein Eintritt ins Bernaqua.

Das Hauptargument für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens ist die Durchführung des obligatorischen Schwimmunterrichts. Wie viel das kosten wird und wie genau dieser durchgeführt werden soll, ist noch nicht bekannt. Es liegt nur eine Schätzung von 2008 vor, in welcher die jährlichen Kosten mit ca. 180'000 Franken angegeben sind. Klar ist, dass die Schulkinder mit Schulbussen nach Niederwangen transportiert werden und dass der Schwimmunterricht von ein bis zwei separaten Schulschwimm-Lehrkräften durchgeführt werden muss. Hier stellt sich die Frage, ob für diese Transporte genügend Schulbusse vorhanden sind und wie viel der Kanton an die zusätzlichen Lehrkräfte bezahlen wird. Wir sind der Meinung, dass zumindest ein Grobkonzept für das obligatorische Schulschwimmen zusammen mit dieser Vorlage präsentiert werden müsste, weil wir sonst die Katze im Sack kaufen. Stimmen wir der bestehenden Vorlage zu, müssen wir zwingend der Vorlage über das Schulschwimmen zustimmen, egal wie teuer das ist.

Sollen wir wirklich fast 4 Millionen Franken für ein solch kleines Becken – eine Pfütze – von 17 x 8 Meter ausgeben? Das gibt teures Wasser. Die Nachfrage nach gedeckter Wasserfläche im Raum Bern ist gross, das ist uns bekannt. In Köniz soll nun dieses Minibad für 4 Millionen Franken saniert werden. Könnten diese Mittel nicht viel besser investiert werden, indem damit gleich ein richtiges Hallenbad realisiert wird? Vielleicht in Kooperation mit umliegenden Gemeinden? Vielleicht wäre der Anteil für die Gemeinde Köniz nicht wesentlich höher als 4 Millionen Franken. (Die Baukosten für ein Hallenbad betragen grob gerechnet 10 bis 15 Millionen Franken). Ein solcher Hallenbad-Bau würde jedoch einige Jahre dauern und hier würde sich als optimale Übergangslösung für den Schulschwimmunterricht der Glaspavillon anbieten.

Aus diesem Grund stellt die Mehrheit der Fraktion der Grünen folgenden Rückweisungsantrag, mit dem Auftrag zur Überarbeitung: "Die Vorlage ist zusammen mit dem Konzept für den obligatorischen Schwimmunterricht und dessen Kosten nochmals vorzulegen.

Eine Variante mit einem Neubau-Hallenbad in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden ist auszuarbeiten.

Für die Variante Neubau ist eine Übergangslösung für das Schulschwimmen zu präsentieren." Wir bitten Sie diesen Rückweisungsantrag im Sinn einer effizienten und nachhaltigen Finanzpolitik zu unterstützen, damit der von Stephanie Staub-Muheim mitgebrachte Rettungswürfel für den Schwimmunterricht und nicht für die Könizer Finanzen benötigt wird.

**Fraktionssprecherin Verena Koshy (CVP):** Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Geschäft Lehrschwimmbecken Niederwangen auseinandergesetzt. Der Bericht des Gemeinderats und die Abklärungen der GPK sind sehr umfassend. Die Kosten sind ausgesprochen detailliert abgeklärt worden. Unsere Fraktion fand keine Gründe für eine Ablehnung des Kredits für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens. Wir haben diverse Ideen diskutiert, wie die Nutzung des Lehrschwimmbeckens erweitert werden und man damit höhere Einnahmen generieren kann. Ein Neubau eines Hallenbades in näherer Zukunft ist nicht realisierbar und würde einiges mehr als die budgetierten 4 Millionen Franken kosten. Ein neues Hallenbad kann zwischen 10, 20 oder 30 Millionen Franken kosten. Zudem sind die Investitionskosten von knapp 4 Millionen Franken bereits im IAFP enthalten. Für einen Rückbau des Lehrschwimmbeckens kann sich unsere Fraktion auch nicht erwärmen, da uns die Kosten von 1,8 Millionen Franken dafür sehr hoch erscheinen. Zudem ist die Nutzung der Räumlichkeiten nach einem eventuellen Rückbau gemäss meinem Wissensstand noch nicht klar. Im Internet habe ich nach anderen Gemeinden mit Hallenbädern oder Lehrschwimmbecken gesucht: Die Gemeinden Stettlen und Bolligen verfügen über ein Hallenbad mit Schwimmbecken, Nichtschwimmbecken und einem Planschbecken. Auch das Hallenbad in Grosshöchstetten verfügt über verschiedene Becken. Die Einwohnerzahlen dieser drei Gemeinden bewegen sich zwischen 3'000 und 6'000 Einwohnenden. Die Gemeinde Köniz hatte per 31. Dezember 2010 knapp 40'000 Einwohnende. Können wir es uns als eine der grössten Gemeinden im Kanton Bern leisten, kein Lehrschwimmbecken für unsere Schulkinder zu haben? Das Postulat der SP 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" ist gemäss Bericht des Gemeinderats von 33 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet worden. Ohne das Lehrschwimmbecken ist es nicht möglich, den gewünschten Schwimmunterricht anzubieten. Wir können aber auch nicht erwarten, dass unsere Schulkinder ihren Schwimmunterricht in der Stadt Bern absolvieren können. Auch viele private Nutzer und Nutzerinnen müssten ohne Lehrschwimmbecken Niederwangen auf ihre geliebte Sportart verzichten. Setzen wir doch ein Zeichen für unsere Schulkinder und sagen überzeugt ja zum Kredit für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Der Rückweisungsantrag wird von uns einstimmig abgelehnt.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Auch die SVP-Fraktion wird dem Kredit für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens Niederwangen zustimmen. Wir lehnen den Rückweisungsantrag aus folgenden Gründen ab:

Der obligatorische Schwimmunterricht wird von unserer Fraktion voll und ganz unterstützt, denn es ist in unseren Augen wichtig, dass ein Kind schwimmen kann. Die Kosten von 180'000 Franken für den Schwimmunterricht, an den vielleicht noch der Kanton etwas bezahlen wird, sind tragbar. Uns ist auch sehr wichtig, dass die Sanierung bald einmal angegangen werden kann. Die von Hansueli Pestalozzi vorgeschlagene Realisierung eines neuen Hallenbades würde in unseren Augen viel zu lange dauern – siehe Ballsporthalle Weissenstein. Bis dahin könnten unter Umständen einige Kinder durch Ertrinken gestorben sein, weil sie das Schwimmen nicht erlernt haben. Können wir uns das leisten? Einer unserer Hauptgründe für die Sanierung ist, dass das Lehrschwimmbecken auch im Winter benutzbar ist. Alle anderen Lösungen sind nur während einer beschränkten Zeit nutzbar.

Folgendes ist unserer Meinung nach zu wenig festgehalten worden: Wir gehen davon aus, dass das Lehrschwimmbecken nur für den Schulunterricht benützt wird. Zurzeit ist die Auslastung bereits ohne Schulschwimmunterricht sehr hoch. Vor allem vom Aqua-Gym-Unterricht können viele profitieren und diese sind auf das Schwimmbecken angewiesen. Mehrfach ist erwähnt worden, dass rund um die Gemeinde Köniz zu wenig Wasserfläche vorhanden ist.

Zu den Kosten: Müsste ein kostendeckender Eintritt verlangt werden, würde dieser 20 Franken kosten, ist gesagt worden. Ein kostendeckender Eintritt auf eine Eisbahn in Bern würde ungefähr 18 oder 19 Franken ausmachen.

Die Abklärungen über Kosten und Nutzen der Sanierung des Lehrschwimmbads sind sowohl durch die Gemeinde als auch durch die GPK sehr gut vorgenommen worden. Ausserdem wurden Kernbohrungen vorgenommen, damit man sich möglichst vor bösen Überraschungen schützen kann. Zu Hansueli Pestalozzi: Eine energetische Topsanierung ist nicht günstig zu haben. Die Betriebskosten von 35'000 Franken für einen Betrieb von 35 Wochen/Jahr machen pro Woche 1'000 Franken aus und dieser Betrag kann mit Einsparungen anderswo hereingeholt werden. Das wichtigste Argument für uns ist, dass die Schulkinder das Schwimmen erlernen können. Ich hoffe, dass Sie diesem Kredit zustimmen werden.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Zur Vorbereitung meines Votums bin ich mein Votum vom 14. Februar 2011 zum Projektierungskredit durchgegangen. Die Stimmung in der SP-Fraktion zu diesem Geschäft hat sich nicht grundlegend verändert. Die SP-Fraktion hat den vorliegenden Kreditantrag kontrovers diskutiert und gerade deshalb bin ich der Meinung, dass es von Mehrwert ist, sich zu diesem Geschäft nochmals zu äussern.

Der vorliegende Rückweisungsantrag ist von uns nicht abschliessend diskutiert worden, da wir diesen erst gestern per E-Mail erhalten haben.

Anlass zu intensiven Diskussionen gab der Umstand, dass der Gemeinderat das "Pferd am Schwanz aufzäumen" will. In unseren Augen ist hier ein klar falsches Vorgehen gewählt worden. Seit 2008 liegt der überwiesene Vorstoss für den obligatorischen Schwimmunterricht beim Gemeinderat. Noch immer hat das Parlament jedoch keine klare Kenntnis von der Umsetzung; ein Konzept liegt nach wie vor nicht vor. Wir müssen den vorliegenden Kredit ohne Kenntnis dieses Konzepts beurteilen. Wird das Lehrschwimmbecken zur Realisierung des obligatorischen Schwimmunterrichts wirklich benötigt? Wir wissen das nicht. Kann das lebensrettende Schwimmen allenfalls auch ohne das Lehrschwimmbecken durchgeführt werden? Auch das wissen wir nicht und das stört uns doch gewaltig. Das Geschäft aber, wie von der Fraktion der Grünen verlangt, an den Absender zurückzuschicken, ist der SP-Fraktion doch zu riskant. Wir befürchten, dass die Gemeinde Köniz damit über längere Zeit ohne sinnvoll überdachten Schwimmraum dastehen würde. Wir erwarten aber heute vom zuständigen Gemeinderat genauere Angaben zum Konzept des geplanten Schwimmunterrichts. Wir erwarten vom Gemeinderat ein klares Bekenntnis, dass er nach wie vor willens ist, den obligatorischen Schwimmunterricht trotz Finanzknappheit und Stabilisierungsprogramm zu verwirklichen.

Die SP-Fraktion geht noch etwas weiter und schlägt die Erstellung eines Konzepts für alle Schul- und Freizeitsportaktivitäten vor. Wir überlegen uns, einen Vorstoss zu dieser Thematik einzureichen. Damit würde uns eine Übersicht über die Bedürfnisse der Gemeinde Köniz im Zusammenhang mit Sportanlagen vorliegen. Dies mit der Evaluation, welche Sportstätte in der Gemeinde Köniz wie und durch wen erstellt und betrieben wird.

Für die SP-Fraktion ist klar, dass in der Frage der Wasserraumbewirtschaftung über die Gemeindegrenzen hinaus gedacht werden muss und in Zukunft gemeinsame Wasserflächen zu schaffen sind. Das gemeinsame Projekt der Gemeinden Köniz und Bern betreffend Ballsporthalle ist zukunftsweisend. In diesem Punkt stimmen wir durchaus mit einem Teil des Rückweisungsantrags überein. Doch Achtung: Hier sprechen wir von längerfristigen Zeiträumen von gut 10 Jahren bis eine Lösung auf dem Tisch liegt. Wir können uns aber beim heutigen Entscheid für oder gegen den Kredit nicht auf einer Vision ausruhen. Der Entscheid für oder gegen das Lehrschwimmbecken ist heute fällig und die Farbe muss dazu in den Augen der SP-Fraktion mehrheitlich grün sein. Rot für die vorgeschlagene Rückweisung ist hier, trotz grössten Sympathien für dieses Lichtspektrum, nicht angebracht. Es schiebt die Lösung auf die lange Bank und bringt uns einen grossen Schritt fort vom dringend notwendigen Schwimmraum. Wir dürfen auch die Kosten nicht ausser Acht lassen. Als Laie wage ich zu sagen, dass der Bau eines Hallenbades eine sehr teure Angelegenheit ist. Setzen wir heute auf die Karte Neubau, spielen wir direkt neue Bedürfnisse gegen langjährige bestehende Sanierungsbedürfnisse z. B. von Schulanlagen aus. Diesbezüglich haben wir grösste Bedenken, denn wir kämpfen schon länger für die Sanierung der Schulanlagen Wandermatte, Spiegel und Buchsee.

Die SP-Fraktion wird deshalb den Rückweisungsantrag mehrheitlich ablehnen. Wir könnten uns allenfalls vorstellen, einer Rückweisung von Punkt 1 zuzustimmen, die Punkte 2 und 3 kommen für uns gar nicht infrage.

**Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP):** Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Den Rückweisungsantrag werden wir geschlossen ablehnen.

Wir liessen uns bei diesem Entscheid von grundsätzlichen Überlegungen leiten. In unseren Augen ist es schade, wenn versucht wird, dieses Geschäft mit Detailargumenten, zukünftigen Visionen oder zu starken Verknüpfungen zu fehlenden Konzepten, zu verhindern. Es geht hier um die grundsätzliche Bedeutung des Schwimmsports, um die Sicherheit der Kinder, um die Erweiterung der Bewegungsfreiheit in einem neuen Medium. Deshalb soll das Schwimmen seinen Platz im Schulsport haben. Das Angebot an Wasserfläche in der Region stimmt nicht mit der Nachfrage überein, das Projekt ist eine taugliche Lösung dafür. Tatsache ist, dass die so genannte "Pfüzte" gemäss Belegungsplan bereits jetzt stark genützt wird.

Zu den Kosten: Diese sind auch aus unserer Sicht an der Schmerzgrenze. Die Abklärungen wurden jedoch seriös vorgenommen und dafür winde ich Gemeinderat Urs Wilk ein Kränzchen. Die Mittel sind im IAFP eingestellt, mit einer Zustimmung zum Kredit wird die finanzielle Planung der Gemeinde nicht gefährdet.

Nicht zuletzt enthält das Lehrschwimmbecken auch eine gemeindepolitische Komponente: Es ist eine sinnvolle Lösung, nicht alles im Zentrum von Köniz zu konzentrieren.

Für die BDP-Fraktion macht es insgesamt mehr Sinn, die bestehende Anlage zu sanieren als neue Infrastruktur aufzubauen, insbesondere weil auch die angedachte Alternativlösung sachlich und finanziell nicht wesentlich attraktiver ist.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Ich spreche nun für jenen Teil der Fraktion der Grünen, der sich für die Sanierung der Lehrschwimmbecken ausspricht. Die Nettokosten liegen bei genau 3,663 Millionen Franken. Dies weil wir noch Mittel aus dem kantonalen Sportfonds erhalten sowie Förderbeiträge für die solarthermische Anlage. Die Kosten für die Sanierung sind hoch, das ist auch uns klar. Wir stimmen dem Sanierungskredit zu, weil wir möchten, dass unsere Schulkinder so bald als möglich wieder Schulschwimmunterricht erhalten. In unserem an Gewässern reichen Land ist Schwimmen können kein Luxus, sondern eine Grundfertigkeit, die manchmal sogar Leben retten kann. Die Schule Wabern hat eine freiwillige 30-jährige Tradition in Bezug auf Schwimmunterricht für Schülerinnen und Schüler. Der Schwimmunterricht ist in der dritten und vierten Klasse angeboten worden. Lange Zeit wurde dafür die Schwimmhalle Hirschengraben in der Stadt Bern besucht. Im kleinen Bad der Sprachheilschule in Wabern besuchten bereits die Kindergartenkinder Wassergewöhnungskurse. Seitdem das Hallenbad Hirschengraben nicht mehr für den Schwimmunterricht besucht werden kann, ist die Schule Wabern ins Lehrschwimmbecken Niederwangen ausgewichen. Für den Transport der Schulkinder wurde die Ortsbuslinie 29 von Wabern nach Niederwangen benützt, d. h. dafür war kein Schulbus notwendig. Zu Beginn wurde der Schwimmunterricht durch eine Lehrkraft angeboten, später durch angestellte Schwimmlehrkräfte, so genannte Instruktorinnen. Seit der Schliessung des Lehrschwimmbekens Niederwangen konnte der Schwimmunterricht nicht mehr angeboten werden, was in Wabern zu vielen Reaktionen von Eltern führte. Das zeigt, wie stark der Schwimmunterricht von den Eltern gewünscht und mitgetragen wird. Auch wir hätten es durchaus als hilfreich empfunden, wenn zusammen mit der Sanierungsvorlage gleich auch das Konzept und die Folgekosten für einen allfälligen obligatorischen Schwimmunterricht vorgelegen wäre, mindestens in groben Linien.

Weil wir aber grundsätzlich für den Schwimmunterricht sind und die Finanzlage der Gemeinde dies einigermaßen zulässt, sind diese Auskünfte letztlich nicht matchentscheidend. Ich gehe ausserdem davon aus, dass die Kosten für den Schwimmunterricht zum Teil über die ordentliche Schulrechnung abgewickelt werden, weil es sich bei einem Obligatorium um einen Teil des Sportunterrichts handelt. Entscheidend ist für uns, dass die Schulkinder so bald als möglich wieder Schwimmunterricht erhalten. Damit nicht mehrere Generationen von Klassen jetzt um diese Möglichkeit gebracht werden, werden wir dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen. Auch wenn ein grösseres Hallenbad äusserst wünschenswert wäre. Die Kreditsumme ist im Investitionsplan eingestellt, der Gemeinderat steht zum Kredit und es ist vorgesehen jedes Jahr einen gewissen Anteil zu investieren. Wir denken, dass diese Steuergelder gut eingesetzt sind, sie kommen allen Familien mit Kindern in der ganzen Gemeinde zugute. Deshalb bitten wir, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen, denn es handelt sich um den schnellsten und sichersten Weg, damit die Schulkinder bald wieder Schwimmen lernen können. Hinzu kommt, dass das Projekt energetisch gut gelöst und nachhaltig ist, dass es offen ist für andere Nutzer, wie Vereine usw. und dass eine Doppelnutzung der Garderoben ausserhalb der Schulzeiten möglich ist.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** 33 Parlamentsmitglieder haben im September 2007 die Motion 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" unterzeichnet. Im Februar 2008 wurde das Postulat an den Gemeinderat überwiesen. 30 Parlamentsmitglieder haben in diesem Frühling dem Kredit für das Vorprojekt zugestimmt. Jetzt sind einige nicht mehr kohärent und lassen sich gar zu einem Hüst und Hott hinreissen. Das ist für mich befremdlich. Mit dem Instrument Planungsbeschluss hätte man im IAFP eingreifen können. Die Finanzkommission hätte beim Budget Einhalt gebieten können. Das Parlament hat keines dieser Instrumente benützt. Jetzt wo eine gute, ausgewogene, stark durchdachte Vorlage vorhanden ist und der Sanierungskredit vorliegt, kommen nun die Wenn und Aber. In der Antwort des Gemeinderats vom Februar 2008 ist aufgeführt, dass die Kosten eines solchen obligatorischen Schwimmunterrichts 180'000 Franken jährlich betragen würden, Lohnkosten, Transportkosten und Organisation inbegriffen. Am 8. Dezember 2011 haben die GPK-Mitglieder eine E-Mail erhalten, dass die Schulabteilung zurzeit immer noch von diesem Kostenrahmen ausgeht. Beim Kanton bewegt sich aber etwas und es könnte sein, dass er sich mindestens teilweise an den zusätzlichen Lohnkosten beteiligt, was die Kosten für die Gemeinde somit senken würde.

Wenn wir wollen, dass Jugendliche Fussball spielen können, werden dafür Fussballplätze benötigt. Diese sind in Köniz vorhanden, sogar ein Kunstrasenfeld. Die EishockeyspielerInnen und SchlittschuhläuferInnen benötigen Eisfelder. Ein solches haben wir uns dieses Jahr angeschafft, notabene ohne eingestellte Mittel im Investitionsplan. Für die VolleyballerInnen und deren Nachwuchs wird eine Ballsporthalle benötigt. Deren Realisierung haben wir bereits vor längerer Zeit zugestimmt. Wollen wir, dass unsere Kinder schwimmen lernen, brauchen wir das Lehrschwimmbecken und ein klares Ja zum Sanierungsprojekt.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Am 14. Februar 2011 haben Sie den Projektierungskredit in der Höhe von 277'000 Franken bewilligt. Mit diesen Mitteln ist nun ein Bauprojekt ausgearbeitet worden und das Submissionsverfahren wurde durchgeführt. Sämtliche Arbeiten, die für die Sanierung des Lehrschwimmbades notwendig sind, sind submittiert; mehrere Offerten pro Arbeitsgattung liegen vor. Damit konnte eine hohe Kostenwahrheit erreicht werden. Wir haben Investitionskosten von 4,065 Millionen Franken ausgewiesen, abzüglich dem Projektierungskredit sind heute noch 3,788 Millionen Franken zu bewilligen. Die Nettokosten betragen 3,663 Millionen Franken, weil solche Sanierungsmassnahmen aus dem Sportfonds gefördert werden und weil wir für die solarthermische Anlage von 25 m<sup>2</sup> ebenfalls einige Mittel zurückerhalten. Wenn Sie diese Kosten dem Umstand gegenüberstellen, dass das Lehrschwimmbad während 34 Jahren betrieben worden ist, relativieren sich diese – zugegebenermassen hohen – Investitionen doch etwas. Während 34 Jahren sind am Lehrschwimmbecken Niederwangen keine grossen Sanierungen vorgenommen worden. In den letzten wurde Defektes mit Kabelbindern und Klebeband zusammengeflickt, damit der Weiterbetrieb gewährleistet werden konnte. Im letzten Herbst stellte der Kantonschemiker ein letztes Mal ein Ultimatum, indem er festhielt, dass ein Weiterbetrieb nur nach einer grundlegenden Sanierung möglich ist.

Heute wurde hier mehrmals festgehalten, dass Schwimmen etwas Wichtiges ist und jedes Kind Gelegenheit erhalten sollte, das Schwimmen zu erlernen. Heute haben nicht mehr alle Kinder das Privileg, das Schwimmen in den Sommerferien im Meer zu erlernen oder dass sich Eltern Zeit dazu nehmen, ihren Kindern das Schwimmen z. B. in der Badeanlage Weiermatt beizubringen. Betrachtet man all diese Argumente und teilt die Investitionssumme auf 34 Jahre auf, ist die Sanierung nicht sehr teuer. Die Sanierung ist keine Luxuslösung. Sie sorgt jedoch dafür dass das Bad während mehreren Jahrzehnten wieder betrieben werden kann und viele Kindern die Gelegenheit haben, das Schwimmen zu erlernen.

Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst danke ich für die intensive Auseinandersetzung mit diesem Geschäft. Es geht nun darum, ob Sie als Parlamentsmitglieder bereit sind, diesem Sanierungskredit zuzustimmen. Wenn Sie den Kredit heute ablehnen, bleibt das Lehrschwimmbecken Niederwangen für immer geschlossen. Weiter bedeutet dies, dass das überwiesene Postulat 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" nicht erfüllt werden kann. Weiter bedeutet dies auch, dass alle positiven Argumente in der Antwort des Gemeinderats sich in nichts auflösen würden. Das Schwimmen können, das wir unseren Kindern als Grundrüstzeug auf ihren Lebensweg mitgeben wollen, wird so auf der Strecke bleiben. Ich wiederhole nochmals, dass ca. 21'500 Personen – Jugendliche und Erwachsene – in 34 Betriebswochen pro Jahr das Bad benützen. Pro Woche benützen 15 Schulkassen (ca. 200 Personen) das Bad, der freiwillige Schulsport mit 27 Gruppen (170 Personen), 15 Vereinsgruppen (170 Personen), 20 Personen benützen das Bad öffentlich mit einem Abonnement und private Schwimmkurse mit ca. 70 Personen. Ich habe heute oft gehört, dass das Konzept für den obligatorischen Schwimmunterricht fehlt. Anlässlich der Beratungen für den Projektierungskredit habe ich Ihnen gesagt, dass wir nicht ein Konzept ausarbeiten, bevor bekannt ist, ob das Lehrschwimmbecken überhaupt saniert wird. Wenn der Kredit für die Sanierung heute bewilligt wird – und davon gehe ich aus – erarbeiten wir das Konzept. Im Rücktrittsschreiben von Rolf Zwahlen ist das Wort "Konzeptionitis" enthalten. Konzepte sind immer vorhanden und sie werden auch abgeholt. Die Frage ist, wo die Kompetenz für die Erstellung von Konzepten liegt, wer sie erstellt und wer sie schlussendlich beschliessen darf. Das Konzept für das obligatorische Schulschwimmen wird durch die Zentrale Schulkommission verabschiedet. Wenn Sie es wünschen, werde ich Ihnen das Konzept zukommen lassen. Ich glaube jedoch nicht, dass Sie die Sanierung des Lehrschwimmbeckens von diesem Konzept abhängig machen. Die Eckpfeiler sind mit der Beantwortung des Postulats gesetzt. Der Gemeinderat hat klar zum Ausdruck gebracht, dass er den obligatorischen Schwimmunterricht ernst nimmt und ihn umsetzen will. Ich gehe davon aus, dass der Rückweisungsantrag der Fraktion der Grünen nicht angenommen wird. Auch mit diesem Antrag wurde ein Konzept gefordert. Sobald der Kredit angenommen ist, werden wir dieses erarbeiten.

Zur Variante "Neubau Hallenbad in Kooperation mit umliegenden Gemeinden" muss ich sagen, dass es zwar schön wäre ein solches Hallenbad mit anderen Gemeinden zu realisieren und wir haben bereits mehrmals bewiesen, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden möglich ist, siehe Ballsporthalle oder Eisbahn Schwarzwasserbrücke. Heute hatte ich Kontakt mit Vertretern der Stadt Bern und nachgefragt, ob allenfalls Möglichkeiten bestehen, den Schwimmunterricht in den Hallenbädern von Bern abzuhalten. Der Gemeinderat von Bern hält nach wie vor an der Schliessung des Hallenbads Hirschengraben fest. Es wird ein neues Hallenbad realisiert. Nach der Eröffnung desselben werden alle kleinen Bäder in Bern geschlossen, die bis anhin noch benützt werden. Die Stadt Bern prüft aber erst jetzt, ob für ein solches Hallenbad überhaupt ein zentrumsnaher Standort gefunden wird. All diese Tatsachen stärken meine Ahnung, dass der Bau eines neuen Hallenbads noch länger dauern wird. Die Frage des Transports der Schulkinder zu den Hallenbädern bleibt aber bestehen, denn der Schulbus steht nicht immer wie gewünscht zur Verfügung und Fahrten mit dem öV dauern in die Stadt Bern unter Umständen zu lange.

Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Ich gebe Ihnen hier das bis jetzt bestehende Grobkonzept für den obligatorischen Schwimmunterricht bekannt: Die Schulleitungen sind bereits 2010 angeschrieben worden. Der Schwerpunkt Schwimmen wird im Schuljahr 2013/2014 in den Stundenplan aufgenommen, d. h. nach der Sanierung des Lehrschwimmbekens. Gemeinderat Urs Wilk ist im Besitz des Kostenvoranschlags, der aufgrund von Offerten erstellt worden ist und ich gehe davon aus, dass nach der Zustimmung zum Kredit mit der Sanierung rasch begonnen werden kann. Im Schuljahr 2013/2014 werden 330 Drittklässler das Schwimmen im Lehrschwimmbekens erlernen. Das ergibt ca. 34 Gruppen, die während einem oder zwei Semestern Unterricht nehmen können. Ebenfalls werden Mehrjahrgangsklassen Schwimmunterricht nehmen, auch das muss organisiert werden. Wir werden dafür besorgt sein, dass diese Schulkinder möglichst gut verteilt in den Schwimmplan aufgenommen werden können. Das wird nicht einfach sein. Die Abfolge des Schwimmunterrichts ist immer auch abhängig von der An- und Abreisemöglichkeit der Schulkinder. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, wird der Schwimmunterricht möglichst in Doppelstunden erfolgen und die Lektionen dauern nach Möglichkeit 50 bis 60 Minuten anstelle der heute üblichen 45 Minuten. Wird dem Sanierungskredit heute zugestimmt, gehen wir umgehend an die vertiefte Ausarbeitung. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dem Geschäft zuzustimmen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Ich danke für die Erläuterungen von Gemeinderat Ueli Studer. Mir scheint, heute läuft alles etwas verkehrt: Christian Roth gibt grün, die Grünen geben teilweise rot, die Finanzpolitiker sagen plötzlich, dass 4 Millionen Franken für die Sanierung kein Problem sind und 180'000 Franken zusätzlich für den obligatorischen Schwimmunterricht auch noch drin liegen.

Ich beantrage Sitzungsunterbruch, damit die Fraktion der Grünen darüber beraten kann, ob die Punkte 2 und 3 des Rückweisungsantrags unter Umständen gestrichen werden können.

Der Antrag auf Sitzungsunterbruch wird mehrheitlich abgelehnt.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Wir stimmen zuerst über den Rückweisungsantrag mit folgendem Wortlaut ab:

"1. Die Vorlage ist zusammen mit dem Konzept für den obligatorischen Schwimmunterricht und dessen Kosten nochmals vorzulegen.

2. Eine Variante mit einem Neubau-Hallenbad in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden ist auszuarbeiten.

3. Für die Variante Neubau ist eine Übergangslösung für das Schulschwimmen zu präsentieren.

---

### Beschluss

Der Antrag auf Rückweisung wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### Beschluss

Für die Sanierung des Lehrschwimmbekens Niederwangen wird ein Kredit von Fr. 3'788'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 3750.503.1676 bewilligt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Die Sitzung wird für eine Pause von 10 Minuten unterbrochen. Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, Heidi Eberhard für die feinen Brownies zu danken, die sie uns anlässlich ihres Geburtstages gebacken hat. Besten Dank (*Applaus*)

## 5. köniz.fünf - Bericht über Zielerreichung

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Sie haben den Bericht und den Antrag des Gemeinderats mit den Sitzungsakten erhalten. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Es findet keine Detailberatung statt. Zum Schluss erfolgt die Kenntnisnahme.

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** In meinem letzten Votum als GPK-Mitglied darf ich einen guten und umfassend ausgearbeiteten Bericht zur veränderten Organisationsstruktur im Rahmen von köniz.fünf vorstellen.

Der Auftrag des Parlaments und der Kommission köniz.fünf ist korrekt und in einem sinnvollen Rahmen erfüllt worden. Die GPK dankt dem Gemeinderat und den 33 Parlamentsmitgliedern, die sich an der Umfrage beteiligt haben. Ich gebe Ihnen zusätzliche Informationen aus der GPK bekannt. Zu den Personaleinsparungen auf Seite 4: Das Ziel ist deutlich übertroffen worden. Gemeindepräsident Luc Mentha stellt in der GPK fest, dass die Einsparung von Personaleinheiten eine Daueraufgabe des Gemeinderats darstellt. Kleinere Interpretationsschwierigkeiten könnten bei den Ergebnissen der Befragung entstehen, dies auf den Seiten 5 und 6. Zu jeder Frage ist das Resultat zusammengefasst und darunter ist in Klammern die Anzahl Antworten angegeben. Diese Antworten beziehen sich jedoch auf die Originalfrage aus dem Fragebogen. Wer dies genau interpretieren möchte, sollte jeweils die Originalfrage im Fragebogen nachschlagen. Nicht im Bericht zu finden sind die detaillierten Antworten der Mitarbeitenden. Dafür ist ein plausibler Grund vorhanden: Viele detaillierte Antworten stehen nicht ausgesprochen im Zusammenhang mit köniz.fünf. Die Befragungsergebnisse sind jedoch ausgeprägt positiv und der Gemeinderat stellt klar in Aussicht, dass er Hinweise auf Verbesserungspotenzial weiterverfolgen und nützen will.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig zustimmende Kenntnisnahme vom Bericht.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Der Bericht über die Zielerreichung zur Reorganisation köniz.fünf spiegelt die sorgfältige und fundierte Arbeit wider, die im Rahmen der Kommission köniz.fünf vom Gemeinderat aufgeleistet und nach der Abstimmung umgesetzt worden ist. Ich war selber Mitglied der Kommission köniz.fünf und habe sehr direkt miterleben dürfen, wie seriös und staatspolitisch umfassend diese Reorganisation angegangen worden ist. Dies in einem sehr engagierten und konstruktiven Dialog mit der Kommission köniz.fünf. Mir sind die farbigen Diagramme mit Pfeilern in verschiedene Richtungen, die plausible Möglichkeiten für fünf politisch ausgewogene Direktionen darstellten, noch heute in eindrucklicher Erinnerung. Diese umsichtige Arbeit hat sich, wie der Bericht zeigt, gelohnt. Gemäss Bericht sind alle gesteckten Ziele erreicht, die politische Bedeutung der fünf Direktionen ist ausgewogen, die Schnittstellen konnten reduziert, Synergien gewonnen und Kosten eingespart werden, auch wenn wir einige Einsparungen aufgrund von Pensionierungen nicht wirklich beurteilen können. Wir sind nicht ganz sicher, ob sie wirklich auf köniz.fünf zurückzuführen sind oder auch sonst erfolgt wären. Für diese Beurteilung müsste der Bericht in diesen Punkten tiefer gehen. Mitarbeitende, Parlaments- und Gemeinderatsmitglieder sind aber grundsätzlich sehr zufrieden mit den neuen Organisationen und niemand will zur alten Struktur zurück.

Ist damit alles in Ordnung oder ist Optimierungs- oder Handlungsbedarf sichtbar geworden? Dieser Frage geht der Bericht nicht direkt nach. Es gibt aber Hinweise für Optimierungsmöglichkeiten, die sich aus dem Fazit der Gemeinderatsmitglieder in Punkt 4.2 und aus den ausführlicheren Antworten der Parlamentsmitglieder in der Beilage 1.5 ergeben. Ich bitte deshalb den Gemeinderat und die Verwaltung, diese Hinweise der Parlamentsmitglieder ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Ich finde es auch gut, wenn die GPK diese Hinweise bei der jährlichen Verwaltungsprüfung wieder hervor nimmt und allenfalls im Gespräch mit den Verwaltungsstellen einbezieht.

Damit wäre der Bericht definitiv nicht nur Geschichtsschreibung oder gar für die Schublade, sondern er könnte der Optimierung dienen. Schliesslich können auch spezifische Anliegen mit parlamentarischen Vorstössen angegangen werden. Für unser Parlament fand ich die Anmerkung des Gemeinderats interessant, dass die Meinungsvielfalt und die parteipolitische Vielfalt im Gemeinderat wirklich kleiner geworden ist und dass er deshalb Wert darauf legt, möglichst viele Meinungen zu erfahren. Die Frage ist nun, wie er dies anstellen will und ob nicht längerfristig vielleicht eine institutionelle Antwort notwendig wird. Eine Möglichkeit wäre, die Meinungsvielfalt des Parlaments noch stärker, auf dem Weg dorthin abzuholen und nicht erst in der Schlussdebatte. Es liegt auf der Hand, dass der Gemeinderat gerade in Zusammenarbeit mit den politisch breit zusammengesetzten Kommissionen zusätzliche Meinungen und Inputs einholen kann. Ich bin deshalb überzeugt – das ist in der Fraktion bereits andiskutiert – dass wir in einer grossen Gemeinde wie Köniz langfristig eher nicht darum herumkommt, Kommissionen zu überdenken und je nachdem gezielt weitere einzusetzen. Auch das muss aber wiederum in einem sorgfältigen und fundierten Prozess erarbeitet werden.

Ich bin selber überrascht, wie viel mir der Bericht letztendlich noch mit auf den Weg gegeben hat. Die Fraktion der Grünen dankt für den Bericht und wird ihn mehrheitlich zustimmend und minderheitlich teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos):** Zuerst danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung für den umfangreichen Bericht. Das Ziel in Bezug auf Kosteneinsparungen ist erreicht, nicht mehr und nicht weniger. Hier wurde sicher ein Prozess angestossen, der weitergehen und – hier ist sich auch der Gemeinderat einig – nie zu Ende gehen wird. Wir haben uns Gedanken gemacht, ob die Parlamentsgeschäfte nach der Reorganisation merklich besser vorbereitet werden. Das haben wir bis jetzt noch nicht festgestellt. Eine Bemerkung zur Umfrage über die Zufriedenheit der Kundenfreundlichkeit: Ist diese repräsentativ, wenn nur Parlamentsmitglieder befragt werden? Das Resultat ist vielleicht leicht besser ausgefallen als mit einer Bevölkerungsbefragung. Mehr lag aber aufgrund des Stabilisierungsprogramms nicht drin..

Insgesamt nimmt die SVP-Fraktion teilweise zustimmende Kenntnis vom Bericht.

**Fraktionssprecher Philippe Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion sieht diesen Bericht etwas weniger rosig als dies bis jetzt der Fall war. Sie kennen alle den Spruch: "Der Mensch ist besser als sein Ruf, aber schlechter als sein Nachruf." Vielleicht ist er auf das Gemeinwesen übertragbar. Anlässlich der Parlamentsitzung vom 21. März 2011 ist die BDP-Fraktion mit ihren Argumenten für einen Verzicht auf einen gewissermassen "amputierten" Bericht nicht durchgedrungen. Eine klare Parlamentsmehrheit wünschte einen Bericht mit reduzierter Repräsentativität, d. h. ohne Befragung der effektiven Kundschaft, der Bevölkerung. Ob sich die vom Gemeinderat damals in Aussicht gestellten und vermutlich auch investierten 15 bis 20 Arbeitstage oder Kosten von 10'000 bis 15'000 Franken, gelohnt haben, muss heute jedes Parlamentsmitglied selber entscheiden. Man könnte auch hier von einem "Controlling very light" oder gar von einem "Controlling zero" sprechen. Immerhin scheint man grossmehrheitlich mit der seinerzeit arg bekämpften Reduktion des Gemeinderats auf fünf Mitglieder zufrieden und die Zielsetzungen werden rundum als erreicht bezeichnet. Weil gemäss Auffassung der BDP-Fraktion so viel – vielleicht auch so wenig – herausgekommen ist, wie zu erwarten war, nimmt sie – nicht ganz ohne Ironie – zustimmend Kenntnis vom Bericht.

**Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP):** Die SP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats und dankt ihm für den sorgfältigen und ausführlichen Bericht. Damit ist nun der allerletzte Schlusspunkt zum Projekt köniz.fünf gesetzt worden, mit dem ich mich als Präsidentin dieser Kommission intensiv auseinandersetzen durfte. In der Kommission köniz.fünf ist lange darüber diskutiert worden, ob es überhaupt zu verantworten ist, dass die Anpassung der Verwaltungsstrukturen im, gezwungenermassen vorgegebenen, sportlichen Tempo überhaupt seriös durchgeführt werden kann. Wir und später auch das Parlament haben aber ja dazu gesagt, dass dies unter der Bedingung machbar ist, dass die neuen Strukturen nach einer ersten Einführungszeit evaluiert werden und der Gemeinderat dem Parlament entsprechend Bericht erstatten soll. Nun liegt dieser Bericht vor und wir können feststellen, dass die formulierten Zielsetzungen anhand der vorgegebenen Messgrössen in allen Punkten erreicht wurden. Das ist sehr erfreulich und man darf hier dem Gemeinderat, aber auch dem Personal danken. Besonders wichtig scheint mir, dass jene Vorgabe, die wir uns gesetzt haben, dass die einzelnen Direktionen eine ausgewogene politische Bedeutung haben sollen, gemäss der Einschätzung des Gemeinderats erfüllt werden konnte.

Man kann sich sicher fragen, ob die im Bericht formulierten Messgrößen wirklich die politische Bedeutung widerspiegeln; ich denke an die Anzahl politischer Vorstösse oder die Medienpräsenz. Dies mögen Indikatoren sein, für sich allein sind sie jedoch aber kaum bestimmend für die politische Bedeutung. Ich gebe aber zu, dass es schwierig ist, hier objektive Messwerte zu formulieren. Auch ich bin der Meinung, dass die Gewichtsverteilung unter den Direktionen nicht so schlecht gelungen ist. Ganz erfreulich ist, dass die erhofften finanziellen Einsparungen praktisch als Punktlandung oder sogar noch besser gelungen sind. Ich bin beeindruckt, wie genau sich hier die Prognosen verwirklicht haben, die sich der Gemeinderat selber gestellt hat.

Bei allem Lob erlaube ich mir doch einige kritische Bemerkungen zu den Umfrageergebnissen, zur Verständlichkeit der Organisationsstruktur und zur Zufriedenheit. Die erste kritische Bemerkung betrifft die Fragen. Mir ist klar, dass die Durchführung solcher Befragungen nicht einfach ist. Die gestellten Fragen waren für mich aber teilweise nicht sehr zielführend. Ein Beispiel: Die Frage, ob der Umfang der durch die Gemeinde erbrachten Dienstleistungen richtig, zu viel oder zu wenig ist, ist durchaus berechtigt. Sie wird aber je nach politischer Wertung ganz verschieden beantwortet. Wir haben heute eine ausführliche Diskussion darüber geführt, ob wir ein Lehrschwimmbecken brauchen oder nicht. Man kann beliebig viele andere Beispiele anbringen: Ob es z. B. notwendig ist, die Schulhäuser zu sanieren, wie viel und in welchem Masse, wie viele Kita-Plätze notwendig sind und ob es mehr oder weniger Schulsozialarbeitende braucht. Je nach politischer Färbung werden diese Fragen anders beantwortet. Die zweite kritische Bemerkung betrifft die schwache Beteiligung der Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, denn 30 Prozent scheinen mir nicht sehr viel. Hier stellt sich die Frage, nach dem Warum. Hat dies mit der Art der Fragen zu tun? Mit der Kommunikation oder vielleicht mit der Haltung der Mitarbeitenden zu ihrer Arbeitgeberin? Ich weiss es nicht, bin aber der Meinung, dass dem nachzugehen ist. Im Bericht ist lediglich festgehalten, dass man nicht wisse, ob es sich um einen normalen Rücklauf handelt oder nicht. Ich wünsche mir, dass dieser Punkt näher betrachtet wird. Bei den Ergebnissen der Befragung der Mitarbeitenden fällt auf, dass die Antworten zu den Arbeitsabläufen und die Kommentare offenbar ein uneinheitliches Bild abgegeben haben. Es ist deshalb richtig, wenn der Gemeinderat die Absicht formuliert, die Arbeitsabläufe vertieft zu analysieren. Die Mitarbeitenden sind in solchen Fragen sicher kompetente Ansprechpartner und es ist deshalb richtig und wichtig, dass hier genau hingeschaut wird. Ich bin froh, dass der Gemeinderat dies erkannt hat. Eine letzte kritische Anmerkung: Wenn der Gemeinderat in seinen Schlussfolgerungen festhält, dass die Kundinnen und Kunden mit den Dienstleistungen der Gemeinde im Allgemeinen zufrieden sind, mag dies vielleicht nicht falsch sein. Weil jedoch aus Kostengründen keine Bevölkerungsbefragung durchgeführt worden ist, wissen wir dies aufgrund der vorgenommenen Befragung und der Evaluation nicht besser oder schlechter als vorher.

Damit genug an Kritik. Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die neuen Strukturen bewährt haben. Ich finde es vor allem gut, wenn der Gemeinderat selber feststellt, dass sich die Zusammenarbeit für ihn vereinfacht hat und dass durch die bessere Verfügbarkeit der Mitarbeitenden mehr Zeit für strategisch wichtige Diskussionen bleibt. Es erstaunt mich deshalb nicht, dass gegenüber dem früheren Modell mit drei hauptamtlichen und vier nebenamtlichen Gemeinderäten eine kleinere Meinungs- und politische Vielfalt im Gemeinderat abgebildet ist. Diesen Nachteil haben wir jedoch mit dem neuen Modell ganz bewusst in Kauf genommen. Zusammenfassend erkläre ich mich mit dem Bericht als zufrieden. Mit einem vernünftigen Aufwand liegt uns ein insgesamt interessanter Bericht vor, der die erwarteten Ergebnisse lieferte.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion nimmt ebenfalls zustimmend Kenntnis vom Bericht. Ganz besonders hervorheben möchte ich die Schlussfolgerungen des Gemeinderats, die neben kräftigem Schulterklopfen, von einer lernenden Organisation zeugen. "Der Gemeinderat wird die Arbeitsabläufe vertieft analysieren. (. .) und weitere Optimierungen vornehmen.." Das ist ausgesprochen lobenswert. Für diesen kontinuierlichen Verbesserungsprozess empfehlen wir, das Potenzial der Mitarbeitenden vermehrt zu nutzen. Die Reorganisation ist erfolgreich umgesetzt worden. Als Führungsgremium, so kann man feststellen, ist der fünfköpfige Gemeinderat sehr gut aufgestellt. Politisch aber – der Gemeinderat ist auch ein politischer Rat – finden wir nach wie vor, dass die Ausgewogenheit und die Meinungsvielfalt unter dieser Verkleinerung von sieben auf fünf Mitglieder, gelitten haben. Die Frage, wie bewusst dieser politische Entscheid gefällt worden ist, sei es durch das Parlament oder durch die Bevölkerung, wage ich hier in den Raum zu stellen.

Danke für diesen Bericht. Danke aber auch, dass der Aufwand und die Kosten für die Erhebung in einem vernünftigen Rahmen gehalten worden sind.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Ich beschäftige mich hier kurz mit dem Konflikt zwischen Anspruch und Realität. köniz.fünf ist eine gute Sache, auch wenn ich persönlich mit dem etwas gesucht postmodernen Namen stets Mühe hatte. Das soll uns aber am wenigsten stören. Die Verkleinerung des Gemeinderats und vor allem die Zusammenlegung von Direktionen war ein zentrales freisinniges Anliegen. Mit entsprechend viel Interesse haben wir deshalb die Evaluation der neuen Organisationsstruktur studiert. Ich bedanke mich ausdrücklich für den aufschlussreichen Bericht, der ohne grossen Mitteleinsatz realisiert wurde. Wir waren seinerzeit der Meinung, dass hier unter Zeitdruck – es ist uns ja nichts anderes übrig geblieben – nur eine kleine Verwaltungsreorganisation vorgenommen worden ist. Wir – ich gebe es zu – erhofften uns von einer grundsätzlicheren Reform viel, vielleicht auch zu viel. Verschiedenes ist aber auch mit dieser kleinen Reform erreicht worden. Das Ziel einer Professionalisierung der politischen Führung ist erfüllt, auch wenn es als qualitatives Ziel kaum messbar ist und im Bericht, der sich auf die Verwaltung konzentriert, nicht explizit auftaucht. Mit der Erreichung des Ziels einer Restrukturierung und Reorganisation der Gemeindeverwaltung, die den aktuellen Bedürfnissen entspricht und effizientes Arbeiten erlaubt, sind wir zufrieden. Wir teilen die grundsätzlich positive Einschätzung des Berichts. Für die Zukunft müsste die Balance gefunden werden zwischen regelmässigen Reorganisationen oder zumindest der immer wieder notwendigen Überprüfung der Organisationsstruktur und einer übertriebenen Dauerreorganisation, die die Verwaltung unnütz belastet.

Eine ausgeglichene Aufteilung von Kompetenzen und Bedeutung zwischen den einzelnen Direktionen: Der Bericht zeigt, dass dieses Ziel einigermaßen erreicht worden ist. Ich bin mir bewusst, dass ein kompletter Gleichstand nicht möglich sein wird, ist doch die Bedeutung von Aufgaben sehr stark von laufenden Entwicklungen abhängig. Was gestern wichtig war, kann morgen an Bedeutung verlieren und umgekehrt.

Nach wie vor nicht restlos begeistert sind wir von der Fokussierung auf das Gemeindepräsidium, das mit der Führung der Finanzen deckungsgleich ist. Ein Lösung, die sicher Vorteile hat, vermutlich aber auch gewisse Nachteile mit sich bringt. Wo sich der freisinnige Anspruch klar von der aktuellen Realität trennt, ist der Bereich der Verschlinkung, respektive von den Kosteneinsparungen, die die Reform brachte. Die FDP-Fraktion war immer der Meinung, dass die hier gesetzten Ziele eindeutig zu wenig ehrgeizig waren. Deshalb ist die Zielerreichung für uns letztlich auch kein Massstab. Man kann dazu festhalten, die Ansprüche des Freisinns seien unrealistisch. Teilweise mag dies sogar stimmen. Wer von sieben auf fünf Direktionen reduziert, kann nicht einfach zwei Siebtel einsparen; die Aufgaben bleiben grundsätzlich dieselben. Wir sind aber nach wie vor überzeugt, dass mit einer noch konsequenteren Ausrichtung auf Effizienzgewinne hier vielleicht mehr hätte herausgeholt werden können. Uns ist allen bekannt, dass die finanzielle Situation der Gemeinde auch bedeutet, dass weiter nach Effizienzgewinnen in der Verwaltung gesucht werden muss und wird.

Unter dem Strich bilanzieren wir positiv: köniz.fünf hat sich gelohnt und das vor allem inhaltlich. Finanziell bleibt der Gewinn leider an einem kleinen, vielleicht zu kleinen Ort. Die FDP-Fraktion nimmt entsprechend teilweise zustimmend Kenntnis vom Bericht.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die positive Aufnahme des Berichts. Ich habe den Eindruck, dass alle Votanten sehr Intelligentes, Wichtiges und Richtiges festgehalten haben. Ich nehme nicht zu allen Voten einzeln Stellung.

Richtig ist die Feststellung, dass es sich bei köniz.fünf nicht um eine Totalrevision der Verwaltung handelt. Im Vorfeld waren einige der Meinung, hier sollte nun der "Big Bang" geplant und alles neu realisiert werden. Das hat der Gemeinderat nicht gleich gesehen, wir wollten keine Probleme suchen, wo keine vorhanden sind. Wir wollten belassen, was an sich gut ist, ändern, was nicht gut ist und gleichzeitig die Verwaltungsorganisation der Verkleinerung der Exekutive anpassen. In diesem Sinn handelt es sich – wie der Vertreter der FDP-Fraktion erklärt hat – um eine kleine Reform. Man kann in der Schlussbilanz wirklich festhalten, dass die kleine Reform erfolgreich war. Wir haben insbesondere die finanziellen Ziele erreicht und übertroffen. Wenn hier gesagt wird, die Ziele waren zu wenig ehrgeizig, muss festgehalten werden, dass sie erheblich übertroffen worden sind. Wir haben inhaltlich zusammenhängende Direktionen, wo thematisch zusammenhängend gearbeitet wird und das ist für effiziente Abläufe immer gut. Im Grossen und Ganzen kann festgehalten werden, dass wir eine gleichmässige Verteilung der Arbeitslast unter den Exekutivmitgliedern erreicht haben. Das beisst sich jedoch immer etwas mit dem Aspekt "inhaltlich zusammenhängenden Direktionen" und hier mussten Optimierungen vorgenommen werden. Mit jenen Indikatoren – wo man darüber philosophieren kann, ob es sich wirklich um die bestmöglichen handelt – kann mit gesundem Menschenverstand gut beurteilt werden, ob hier eine ausgeglichene und politisch gleichmässige Verteilung der Arbeitslast und der politischen Gleichgewichte erreicht worden ist.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Organisationsstruktur gut aufgenommen worden ist und sich bewährt hat. Wir halten fest, dass die Arbeitsabläufe noch verbesserungsfähig sind. Dazu haben wir Hinweise aus den Befragungen erhalten. Wir haben aber stets erklärt, nicht den "Big Bang" zu wollen, sondern die Arbeitsabläufe kontinuierlich und im Sinne eines Dauerauftrags immer wieder zu hinterfragen und nach Verbesserungen zu suchen. Dass in Bezug auf die Befragung und die Art der Erarbeitung des Berichts gewisse Kritik oder Fragen formuliert werden können, ist uns klar. All jenen, die dies nochmals tun wollen, möchte ich den Standpunkt der BDP-Fraktion entgegenhalten, die erklärt hat, das könnte man bleiben lassen, denn auch dieser Standpunkt hat etwas für sich. Der Gemeinderat als Exekutive wagte nicht, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, es gehe auch ohne Auswertungsbericht. Eine Mehrheit des Parlaments war der Meinung, dass dieser Bericht zu erstellen ist. Nach bestem Wissen und Gewissen haben wir diese Aufgabe auf eine sehr kostengünstige Art und Weise vorgenommen. Dass Sie als Parlamentsmitglieder nun repräsentativ für die Kundschaft das Dienstleistungspaket beurteilen mussten, ist speziell. Die Gemeindeschreiberin hat diese Arbeit als Federführende sehr gut erledigt; sie ist jedoch nicht spezialisiert auf Kundenbefragungen und wissenschaftliche Auswertungen von Reorganisationen. Die Befragung ist sehr gut gelungen. Mit kleinem Aufwand und wenig Mitteln wurde versucht, das Beste herauszuholen. Rückblickend kann festgehalten werden, dass sich die Reorganisation bewährt hat. Dass immer Wermutstropfen vorhanden sind, Rolf Zwahlen, ist klar. Auch wir sehen, dass die Meinungsvielfalt im Gemeinderat in einem gewissen Sinn etwas verloren ging. Die dazu angestellten Überlegungen möchte ich hier nicht weiter kommentieren, sie werden so entgegengenommen. In der Exekutive werden wir sicher Gelegenheit erhalten, diese Überlegungen gemeinsam zu besprechen. Aus der Sicht des Gemeinderats fällt die Schlussbilanz in Bezug auf die Verkleinerung der Exekutive positiv aus. Ich danke, dass Sie das grossmehrheitlich auch so sehen.

---

### **Beschluss**

Der Bericht über die Zielerreichung der mit köniz.fünf beschlossenen Verwaltungsstruktur wird zur Kenntnis genommen.

(abgegebene Stimmen: 22 zustimmende Kenntnisnahme, 16 teilweise zustimmende Kenntnisnahme)

---

## **6. 0626 Motion (Egli-Steiner SP) "Altes Schulhaus Niederwangen"**

Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Stephie Staub-Muheim (SP):** "Was lange währt, wird endlich gut", hielt die damalige Motionärin, Claudia Egli fest. Für jene, die noch nicht lange Parlamentsmitglieder sind, möchte ich kurz aufzeigen, wie die Motion zustande gekommen ist: Die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen wurde 2007 aus dem Investitionsplan herausgenommen. Claudia Egli reichte die vorliegende Motion vor allen deshalb ein, um den Druck aufrechtzuerhalten, weil das alte Schulhaus Niederwangen aus allen Nähten platzte. Nun ist ersichtlich, dass der Gemeinderat den Projektierungskredit von 130'000 Franken bewilligt und das Nutzungskonzept verabschiedet hat. Die kantonale Denkmalpflege hat sich eingeschaltet und gemäss Verwaltung wird ein namhafter Betrag von ca. 100'000 Franken gesprochen. Im Investitionsplan 2011 – 2013 sind 3,3 Millionen Franken für die Sanierung des alten Schulhauses eingestellt. Im Herbst 2012 wird dem Parlament der Ausführungskredit vorgelegt. Gemäss dem alten Zeitplan hätte die Sanierung jetzt stattgefunden haben sollen. Die Motionäre sind aber froh, dass der Finanzierungsplan und der Zeitrahmen erstellt sind. Ebenfalls kann damit der unschöne Zustand beendet werden, dass das alte Schulhaus seit Jahren Wärme nicht nur für die Benutzenden produziert, sondern auch für die Umwelt. Dieser absolut nicht energiesparende Umstand kann nun in Zukunft vermieden werden und die Gemeinde kann ihrer Vorbildfunktion in Bezug auf das Energie-Goldlabel nachkommen.

Die Schule Niederwangen benötigt dringend mehr Schulraum und freut sich schon jetzt über die schönen, sanierten Räume mit mehr Platz. Der Jugendtreff wie auch die Spielgruppe waren auch Benutzer der alten Örtlichkeiten. Ob sie im sanierten Schulhaus wieder Platz finden werden oder ob dafür ein alternativer Standort bereit ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Motion kann abgeschrieben werden.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Ich spreche hier nicht nur als Fraktionssprecher der BDP-Fraktion, sondern auch als Wangentaler. Ich habe betreffend der vorliegenden Motion Rücksprache mit Claudia Egli genommen. Die BDP-Fraktion wird der Abschreibung der Motion zustimmen und dies aus der Sicht des Wangentals mit gutem Gewissen.

Wir danken dem Gemeinderat, dass es nun mit der Sanierung des alten Schulhauses vorwärts geht. Nach der Sanierung des Lehrschwimmbades im "Untergrund" wird die Sanierung des alten Schulhauses folgen. Es wäre wünschenswert, wenn solches schneller angegangen würde. Wir wollen dies aber für einmal positiv sehen: "Gut Ding will Weile haben". Wir freuen uns bereits heute auf eine gelungene Sanierung.

Eine Frage: Zurzeit befinden sich verschiedene Institutionen im alten Schulhaus, wie die Mediothek, die Kita, usw. Mich interessiert, was mit diesen nach der Sanierung geschieht. Können sie im alten Schulhaus bleiben oder wird die Schule Niederwangen mehr Platz beanspruchen müssen? Wenn dem so ist, wo werden diese Institutionen einquartiert?

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** "Was lange währt, wird endlich gut." Die Motion ist im Dezember 2006 eingereicht worden. Auch hier liegt uns ein Geschäft vor, das sehr viel Zeit benötigte.

Zum einen sind wir froh darüber, dass nun in Bezug auf das alte Schulhaus in Niederwangen endlich etwas geht. Mit der Aufnahme eines namhaften Betrags (3.3 Millionen Franken) in den Investitionsplan / IAFP 2011 – 2014 und der Genehmigung des Projektierungskredits vom 26. Oktober 2011 durch den Gemeinderat ist der Start für die Sanierung nun dokumentiert." Man beachte bitte den Begriff "dokumentiert". Es heisst nicht, der Start sei erfolgt. Die Sanierung ist erst per 2013 oder 2014 geplant und das Eine oder Andere kann noch dazwischen kommen.

Es handelt sich wieder einmal um eine so genannte "Caterpillar-Motion". Caterpillar steht auch für "Schuhraupe"<sup>2</sup>. Es handelt sich um einen jener Vorstösse, dessen Erfüllung – wie regelmässig im Parlament festgestellt werden muss – vor sich hergeschoben wird. Die hier zur Abschreibung beantragte Motion ist noch gar nicht erfüllt. Sie verlangt, dass mit der notwendigen Sanierung zum entsprechenden Zeitpunkt begonnen sein müsste. Das würde nun bedeuten, dass wir die Motion heute nochmals um zwei Jahre verlängern müssten. Mit der Verlängerung der Erfüllungsfrist wäre die Erfüllung jedoch immer noch nicht gewährleistet, sondern gebaut wird erst 2014. Anstelle einer nochmaligen Verlängerung wird die Motion nun einfach abgeschrieben. Ich bin froh, dass immerhin ein Projekt vorhanden ist, das zur Hoffnung Anlass gibt, zu einem guten Ende zu gelangen.

In Anbetracht, dass auch die Motionäre und der Grossteil der bisherigen Votanten, mit der Abschreibung einverstanden sind, wird die Fraktion der Grünen der Abschreibung zustimmen.

Ich weise zum Schluss mit Nachdruck darauf hin, dass der Gemeinderat vermehrt versuchen sollte, die Erfüllungsfristen einzuhalten. Hier kommen mir die Energievorstösse in den Sinn, über welche wir an der letzten Parlamentssitzung diskutiert haben. Es wäre wirklich schade, wenn diese zu weiteren "Caterpillar-Motionen" würden.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Zu Urs Maibach: Der Gemeinderat hat eine jährlich festgelegte Investitionsquote, die Ihnen jeweils im Investitionsplan vorgelegt wird. Für 2010 waren dies 10 Millionen, vorher lag sie bei 12 Millionen Franken, für 2011 liegt sie bei 11 Millionen Franken. An diese hat sich der Gemeinderat zu halten. Die Sanierung des alten Schulhauses Niederwangen wurde aus dem Investitionsplan gestrichen. Dies nicht, weil wir diese Sanierung nicht wollten, sondern weil andere Aufgaben vorlagen, deren Erfüllung vor der Sanierung notwendig war. Die Investitionssumme wird jeweils aufgeteilt, ein Teil geht in den Strassenunterhalt, ein anderer in die Sanierung von Schulhäusern. Die Planung der Investitionen läuft über mehrere Jahre hinweg. Wenn eine Investition nicht getätigt wird, kann mit den nicht benötigten Mitteln nicht einfach etwas anderes getätigt werden, weil grosse bauliche Massnahmen Vorlaufzeit benötigen. Deshalb musste auch die Erfüllungsfrist für diese Motion verlängert werden. Wie Urs Maibach richtig festgestellt hat, müsste dies nochmals vorgenommen werden und die Erfüllung wäre immer noch nicht gewährleistet. Die Mittel für die Sanierung des alten Schulhauses sind nun im Investitionsplan eingestellt. Das alte Schulhaus wird im Rahmen der gesamten Bearbeitung der Schulanlage Niederwangen, die auch die Sanierung des Lehrschwimmbekens, Umbauarbeiten im Bereich des bestehenden Schulhauses und die Erweiterung der so genannten Modulbauten um weitere sechs Klassenzimmer umfasst. Im Investitionsplan finden Sie aufgeteilt zu den Themen die Kosten dazu aufgeführt. Gemäss diesem Investitionsplan wollen wir vorgehen. Wenn Sie sich nächstes Jahr jedoch für eine Investitionsquote von 8 Millionen Franken entscheiden, müssten wiederum neue Diskussionen stattfinden. Dieses Problem wird im-

---

<sup>2</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

mer wieder auftauchen. Verlangt das Parlament mit einer Motion, dass ein Teil aus einer Gesamtsanierung herausgebrochen wird und dessen Umsetzung innerhalb der nächsten zwei Jahre erfolgen soll, ist das nicht vernünftig. Die Schulanlage Niederwangen wurde gesamtheitlich betrachtet. Dazu wird sich nun Gemeinderat Ueli Studer äussern.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Andreas Lanz: Die Sanierung des alten Schulhauses Niederwangen ist ins Gesamtkonzept der Sanierung der Schulanlage Niederwangen aufgenommen worden und dadurch verlieren bisher im alten Schulhaus eingemietete Institutionen ihre Räumlichkeiten. Im Wangental ist diesbezüglich tatsächlich ein Raumproblem vorhanden. Die Probleme in Bezug auf zu wenig Raum für die Schule werden mit der Sanierung der gesamten Schulanlage in Niederwangen gelöst. Mehr Raum für die Schule ist nötig, weil sich die Schulformen verändert haben; ich weise hier nur auf die Tagesschulen hin. Im alten Schulhaus Niederwangen waren der Jugendtreff wie auch die Ludothek eingemietet. Die Ludothek ist nun in der Baracke eingemietet. Diese wird jedoch abgebrochen und steht nach der Sanierung nicht mehr zur Verfügung. Zurzeit bin ich in Gesprächen mit Vertretern der Ludothek, damit eine Lösung gefunden wird. Sobald eine Lösung vorhanden ist, werde ich darüber informiert und dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag vorlegen. Die Ludothek ist wichtig für das Wangental. Auch die Betroffenen des Jugendtreffs sind auf der Suche nach einer Lösung. Bereits zwei Mal hatte man geglaubt eine solche gefunden zu haben. Beide Male kam sie jedoch kurz vor Vertragsabschluss nicht zustande. Wir hoffen nun, dass es beim dritten Mal klappen wird. Die Suche nach Räumlichkeiten für diese Institutionen ist im Wangental nicht einfach. Die Unterstützung vonseiten der Gemeinde ist jedoch vorhanden und ich befinde mich in Gesprächen mit den Betroffenen.

Ich bitte Sie, der Abschreibung der Motion zuzustimmen.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke Ihnen, wenn Sie der Abschreibung der Motion zustimmen und betrachte dies als einen Vertrauensbeweis des Parlaments gegenüber dem Gemeinderat. Wir werden Ihnen die Sanierung Schulanlage Niederwangen zum Entscheid vorlegen.

**Christian Roth (SP):** Ich rufe in Erinnerung: Bereits mehrere Male habe ich hier vorne dafür gesprochen, die Investitionsquote hoch zu halten. Der Gemeinderat hat hier eindrücklich festgehalten, dass er in Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten stets am Jonglieren ist. Wie in der Vorlage zu lesen ist, soll die Ausführung der Schulraumplanung in Niederwangen 2013/2014 erfolgen. Entsprechend ist im Investitionsplan in diesen beiden Jahren der grösste Finanzposten dafür eingestellt. In meiner Interpellation 1011 "In die Schulhäuser Buchsee und Wandermatte investieren – zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler" vom September 2010 ist zu lesen, dass die Ausführung der Sanierung Schulanlage Wandermatte 2013/2014 vorgenommen werden soll, d. h. im gleichen Zeitraum. Der Gemeinderat hat im Investitionsplan versucht, die verschiedenen Positionen aneinander vorbeizubringen. Der grösste Posten für die Sanierung ist jedoch im Jahr 2015 aufgeführt, d. h. hier besteht ein Engpass. Ich möchte einmal mehr dazu aufrufen, dass wir uns in unseren Diskussionen immer wieder überlegen, welche Investitionen nach vorne verschoben werden können. Die Investitionen sind bereits wieder zurückgefahren worden. Der Gemeinderat ist zwar stets bemüht, sie so hoch wie möglich zu halten und dafür danke ich ihm. Aus diesem Grund muss die Sanierung der Schulanlage Wandermatte um ein weiteres Jahr hinausgeschoben werden, dies entgegen der ursprünglich kommunizierten Planung. Mein Appell an uns alle. Das Herunterfahren von Investitionen bedeutet immer, dass Sanierungsnachholbedarf hinausgeschoben wird.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## 7. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 1115 Motion (BDP) "Tram Region Bern: Den StimmbürgerInnen eine differenzierte Stimmabgabe ermöglichen"
- 1116 Motion (SVP) "Reglementsänderung Wasserversorgung"

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Auf Ihren Pulten finden Sie den Flyer "Köniz ist Energiestadt Gold" vor. Dieser Flyer wird ab sofort als Information für unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger der Gemeinde Köniz der Neuzuzügermappe beigelegt.

Im September durften wir das Fest "100 Jahre Wasserversorgung Köniz" feiern. Anlässlich dieses Festes wurde für ein Drittweltprojekt in Bezug auf Trinkwassernutzung gesammelt, für das Projekt W3W. Den Tätigkeitsbericht 2011 finden Sie hinten aufgelegt. Vor zwei Wochen konnten wir eine Spende in der Höhe von 15'000 Franken überweisen. Mit dieser Spende wird ein Projekt in Mosambik unterstützt.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Wie auch ich konnten Sie mit einer gewissen Sorge der Presse entnehmen, dass in zunehmendem Masse Unfälle mit Fussgängern passieren, namentlich auf Fussgängerstreifen. Das hat mich dazu bewogen, in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei im Januar oder spätestens im Februar 2012 eine kleine Aufklärungskampagne im Zentrum von Köniz zu lancieren, an der die zu Fuss gehende und Auto fahrende Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, wie man sich im Zentrum von Köniz in der so genannten Koexistenzzone verhalten muss. Gleichzeitig wird eine Aufklärungskampagne an einem Fussgängerstreifen stattfinden. Dies in Koordination mit der Abteilung Verkehr und Unterhalt.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** In letzter Zeit haben wir in Bezug auf das Thema Fussgängerstreifen diverse E-Mails erhalten. Die Abteilung Verkehr und Unterhalt hat sich schon immer für sichere Fussgängerstreifen eingesetzt. Auf der Kirchstrasse wurde sogar einmal aus Sicherheitsgründen ein Fussgängerstreifen aufgehoben, was zu grossem Aufruhr führte. Wir haben vor, gemeinsam mit dem Kanton eine Studie aufzugleisen, in der die Standorte unserer Fussgängerstreifen überprüft werden, wie auch, ob sie mit den gesetzlichen Bestimmungen übereinstimmen. "Tele Bärn" strahlte heute zu diesem Thema eine Sendung aus, in welcher der BfU-Experte erklärte, dass die Unfälle mit Fussgängern nicht zunehmen, sondern seit 30 Jahren abnehmend sind. Vor dreissig Jahren starben pro Jahr 1'000 Personen auf Fussgängerstreifen, heute sind es noch 290. Im Kanton Bern sterben durchschnittlich 5 Personen pro Jahr auf Fussgängerstreifen, 2011 sind es bis jetzt 8 Todesfälle. Er hat einen wichtigen Punkt erwähnt, den ich hier festhalten möchte: Die Fussgängerstreifen sind oft nicht am richtigen Ort. Weshalb? Weil die Bevölkerung die Fussgängerstreifen an einem für sie günstigen Ort wünscht, auch wenn dort vielleicht die Sichtweite nicht in Ordnung ist oder eine Kurve nah ist. Dieser Punkt ist in meinen Augen wichtig und bei der Überprüfung der Fussgängerstreifen kann es möglich sein, dass einige aufgehoben werden müssen.

Am Samstag, 10. Dezember 2011 wurde die Verbindungslinie Büssliacker – Eichmatt festlich eröffnet. Die Bevölkerung hat grosse Freude und ich bin optimistisch, dass ein definitiver Betrieb zustande kommt. Der Bus fährt während der Hauptverkehrszeiten am Morgen, Mittag und Abend.

Eine Information zur vorgesehenen Sanierung der Kirchstrasse: Am 19. Januar 2012 wird im Sahlihuus in Wabern eine Information zur stattgefundenen öffentlichen Mitwirkung durchgeführt. Wir werden die vorgenommenen Änderungen aufgrund der Mitwirkung aufzeigen sowie über das weitere Vorgehen informieren. Die Einladung wird Ihnen per E-Mail zugesandt.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Auf Ihren Pulten finden Sie eine Broschüre mit Begleitschreiben über den Wohnort Köniz. Es ist nicht das primäre Ziel, Sie mit dieser Broschüre zu bedienen, sondern eigentliches Ziel der Broschüre ist, sie in Zusammenarbeit mit Immobilienfirmen und Umzugsfirmen, die ganze Umzugspackages anbieten, zu brauchen, um an potenzielle Zuzüger heranzukommen, d. h. bevor der Entscheid für einen Wohnort gefällt wird. Wenn sich die Neuzuzüger bei den Einwohnerdiensten anmelden und die Neuzuzügermappe erhalten, sind sie bereits in die Gemeinde gezogen. Aus Marketingüberlegungen wäre es jedoch wichtig und richtig, möglichst früh an Umzugswillige heranzukommen. Diese Broschüre wurde durch die Fachstelle Kommunikation, durch Frau Schläpfer, erarbeitet und der Finish erfolgte durch Frau Rauch, die Nachfolgerin von Frau Schläpfer.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Die Informationen von Gemeindepräsident Luc Mentha sind sehr interessant und eine gute Sache.

Zu Gemeinderätin Katrin Sedlmayer: Der Versuchsbetrieb, wie er am letzten Samstag für das Bütschliackerquartier ins Leben gerufen wurde, ist in meinen Augen ein Versuch um zu sehen, ob ein Betrieb überhaupt zustande kommt und der Bus wirklich auch benützt wird. Hier aber schon davon zu sprechen, man hoffe, er werde ins Grundangebot übernommen, scheint mir etwas vorschnell.

Ich äussere mich zum Thema der Verlängerung von Erfüllungsfristen: Nicht alle Vorstösse, für die der Gemeinderat Fristverlängerung beantragen muss, hängen davon ab, ob Investitionen gekürzt werden. Das betrifft z. B. das Postulat 0920 "Kreiselsponsoring – Eine neue Form des Public-Private-Partnership (PPP)", die Motion 1025 "Systemwechsel Pensionskasse", den Vorstoss 0621 "Rappentöri zum Wohnen" oder Vorstösse zum Baureglement, die Energie betreffend, usw. Die Liste ist lang. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, parlamentarische Vorstösse ernst zu nehmen. Es ist nicht schlimm, wenn der Gemeinderat einen Vorstoss zur Ablehnung beantragt. Das ist besser als ja zu sagen und zweimal Fristverlängerung zu beantragen.

**Hugo Staub (SP):** Ich möchte fragen, wie weit die Baubewilligung für die Ballsporthalle Weissenstein ist.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Baubewilligung ist noch nicht vorhanden. Aufgrund des verschmutzten Grundwassers, das für die Heizung gebraucht worden wäre, musste eine neue Eingabe eingereicht werden, was wiederum Einsprachen nach sich zog. Wir hofften, die Baubewilligung Ende 2011 vorliegend zu haben. An der Sitzung vom nächsten Montag werde ich mehr erfahren.

**Martin Graber (SP):** Ich informiere Sie über eine Reise: Der Förderverein Köniz-Prijepolje führte vom 30. November bis 4. Dezember eine Reise durch, an welcher unter anderen vier Schulleitungen von Schulen der Gemeinde Köniz teilgenommen haben, sowie Gemeinderat Ueli Studer, alt Gemeinderätin Verena Berger als Präsidentin des Vereins und meine Wenigkeit. Die Gastfreundlichkeit in Serbien war phänomenal. Wir verbrachten äusserst interessante Tage in Serbien. Heute habe ich im Radio gehört, dass die Patenschaft mit der Gemeinde Blatten im Lötschental in letzter Zeit etwas eingeschlafen sei. Wir vom Förderverein wollen, dass dies mit Prijepolje nicht passiert und haben das dazu Notwendige in die Wege geleitet. Die Partnerschaft soll lebendig bleiben. Wer Interesse hat, kann sich bei mir melden.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Martin Graber: Wir haben in Prijepolje nicht nur gut gegessen und sind sonst wie verwöhnt worden. Ziel der Reise war, dass die Schulleitungen Einblick in den Schulbetrieb von Prijepolje nehmen können. Sie konnten miterleben unter welchen Umständen dort Schule gegeben wird, welche Infrastrukturen vorhanden sind und mit welchen Problemen diese Leute konfrontiert sind. Ich möchte Folgendes festhalten: Die Unterschiede zwischen einem Leben in Serbien und einem in der Schweiz sind riesengross, die Kulturunterschiede ebenfalls. Das konnten die Schulleitungen feststellen. Ich hatte die Möglichkeit, mit der Sozialministerin von Belgrad zu sprechen, die Projekte für Arbeitslose oder jene, die unter dem Existenzminimum leben müssen, startet. Auf meine Nachfrage hin, wie viele Personen in Serbien unter dem Existenzminimum leben müssen, antwortete sie, ob ich die Tatsache wissen wolle oder das was sie sagen müsse. Tatsache ist, dass 80 Prozent der serbischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum von 150 Euros im Monat leben muss. Davon müssen noch Schulgelder bezahlt werden. Aus Prijepolje, das kein Gymnasium besitzt und sieben Fahrstunden von Belgrad entfernt liegt, ist es keinem Kind möglich, höhere Schulen wie ein Gymnasium zu besuchen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Prijepolje beträgt 70 Prozent. Wir hoffen, nächstens vier Schulleitende aus Prijepolje in die Schweiz einladen zu können, damit sie unser System kennenlernen können.

**Urs Maibach (Grüne):** Gemeinderätin Katrin Sedlmayer hat vorhin festgehalten, dass die Fussgängerstreifen der Gemeinde Köniz überprüft werden sollen und wenn nötig, entsprechende Massnahmen getätigt werden. Das ist in meinen Augen richtig und gut. Sie hat auch erwähnt, dass Fussgängerstreifen unter Umständen an einem falschen Ort liegen und möglicherweise verschoben oder gar entfernt werden könnten. Das macht mir etwas Angst. Mir scheint es wichtig, dass man sich über den Umstand bewusst ist, dass der Fussgänger immer den kürzest möglichen Weg nimmt. Werden Fussgängerstreifen entfernt, queren die Fussgänger die Strasse vielleicht trotzdem dort.

Die kritischen Fussgängerstreifen sollten in meinen Augen entsprechend gesichert werden. Im Spiegel wurde einst ein Fussgängerstreifen entfernt, was hohe Wellen warf.

**Stephie Staub-Muheim (SP)** Mit dem heutigen Geschäft betreffend das Lehrschwimmbecken Niederwangen ist meine Karriere als Mitglied der GPK zu Ende gegangen. Dieses Geschäft war das aufwändigste während meiner sechs Jahre als Mitglied der GPK. Ich sah viele Geschäfte kommen und gehen. Mehr als 30 Stunden habe ich für das Geschäft Lehrschwimmbecken Niederwangen investiert und ich nehme an, Christoph Salzmann auch. Ich möchte festhalten, dass mich die Annahme des Geschäfts sehr freut und ich freue mich, dereinst an der Einweihung des Lehrschwimmbades teilnehmen zu können.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Ich möchte hier das Wort "Murks" ein letztes Mal gebrauchen. Ich habe bei der Rücktrittsbekanntgabe von Annemarie Berlinger-Staub als Präsidentin der Redaktionskommission den Applaus und Dank für ihre Arbeit vermisst. Diese Arbeit ist ein wirklicher Murks. Aus den Parlamentsgeschäften heraus die Botschaften für die Stimmbevölkerung zu erstellen ist nicht leicht und dafür gebührt ihr Applaus. (*Applaus*)

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Auf Ihren Pulten liegt eine Auflistung Ihrer Sitzungsteilnahmen für 2011. Die Fachstelle Parlament bittet um die Prüfung dieser Liste und die Bekanntgabe allfälliger Korrekturen bis zum 19. Dezember 2011.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 20. Januar 2012 um 17.00 Uhr statt. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage und alles Gute im Neuen Jahr.

Im Namen des Parlaments

Ursula Wyss  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament